

Überbecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überbecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 72.

Dienstag, den 26. März 1918.

25. Jahrg.

Die Tragödie der Sozialdemokratie.

Nachdem Rußland und Rumänien, um mit der „Rhein-Westfälischen Zeitung“ zu reden, der „Macht- und Schwertfrieden“ auferlegt worden war, ging durch die Reihen unserer Partei, von wenigen Ausnahmen abgesehen, das Gefühl, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, in der die Sozialdemokratie die Kriegskredite ablehnen müsse. Wenn unsere Genossen im Reichstage ihrer Stimmung gefolgt wären, so hätten sie wohl fast alle der neuen Forderung nach den 15 Milliarden für die Fortsetzung des Krieges ihre Zustimmung verweigert.

Sie bewilligten aber erneut die Kriegskredite. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß uns die Billigung dieser Entscheidung unserer Reichstagsfraktion sehr schwer wird, denn das proletarische Empfinden lehnt sich dagegen auf, nach der Art, in der der Offriede abgeschlossen worden ist. Diese Regierung noch Mittel zur Fortführung des Krieges zu bewilligen. Aber Empfindungen, Stimmungen, Gefühle dürfen für eine Partei und ihre Vertretung nicht maßgebend sein, wenn ihr Verstand ihr sagt, daß sie nur Unheil anrichten würde, wollte sie sich von Leidenschaften, von Zorn, von Bitterkeit allein bestimmen lassen.

Kriegsergebnisse sind die Ergebnisse tatsächlicher Machtverhältnisse. Wenn wir gewalttätigen Invasionen (auch in verschleierte Form) für unmöglich hielten, wenn wir derartige Veränderungen der Landkarte, wie die Abtretung der Norddobrubtscha an Bulgarien, kaukasischer Gebiete an die Türkei, die Verwandlung Rurlands, Polens, Litauens in mehr oder weniger aristokratische Staaten, die Lösung Rigas von Rußland für ausgeschlossen erachteten, so geschah dies nicht, weil wir vom Geblüt der deutschen Regierung oder der bürgerlichen Parteien vermuteten, daß sie zu solchen Veränderungen nicht greifen würden, sondern weil wir die Widerstandsfähigkeit Rußlands und Rumäniens überschätzten. Unmittelbar nach Annahme der Friedensresolution des Reichstages hätten alle Staaten der Entente einen demokratischen Frieden in unserem Sinne haben können. Die Fortsetzung des Krieges verschob, wenigstens im Osten, die Machtverhältnisse zugunsten des Deutschen Reiches. Was unser erstes Kriegsziel war, die Sicherung eines dauernden Friedens, ist nicht erreichbar, nachdem im Osten jener „Macht- und Schwertfrieden“ zustande gekommen ist.

Können wir aber, nachdem Rumänien und Rußland überwältigt worden sind und die Macht des Siegers haben spüren müssen, wollen, daß uns das gleiche geschieht und uns die Faust Englands und seiner Verbündeten zu Boden drückt?

Die Folge wäre, daß auch die deutschen Arbeiter schwer leiden, oder auswandern müßten, und daß unsere Nachkommen nicht nur gegen Rußland und vielleicht auch Rumänien einen neuen Krieg führen müßten, sondern daß sich die gesamte Entente gegen uns wieder zusammenfinden würde. Denn die Gefühle, die der Schwertfrieden laut Beschluß der Sowjets im russischen Volke auslöst, würden die Deutschen gegen England, Frankreich und Italien empfinden, wenn Englands Macht uns die Friedensbedingungen vorschreiben wollte.

Wenn die Sozialdemokratie die Mittel zur Kriegsführung nur einer Regierung bewilligen wollte, die unter keinen Umständen, wie immer Siege und Niederlagen sich gestalten mögen, Invasionen und Kriegsschädigungen vornimmt, dann hätte sie früher nie Kriegskredite bewilligen dürfen. Ihre Praxis ist aber, so lange die Mittel zur Kriegsführung zu bewilligen, bis alle feindlichen Mächte sich zum Frieden und zwar unter Bedingungen bereit erklären, die für die Sozialdemokratie annehmbar sind. Daß die französische, die englische, die italienische Regierung weit davon entfernt sind, auf erträgliche Friedensbedingungen einzugehen, weiß die ganze Welt.

Trotzdem spielten wir alle mit dem Gedanken, daß dieser Regierung nichts mehr bewilligt werden dürfe. Aber was wäre die Ablehnung der Kriegskredite seitens unserer Partei gewesen?

Vermutlich Verlagen der Front, Empörung, Auflehnung brauen und drinnen — und damit würden wir unserer Arbeitererschaft das Schicksal bereiten, das die Bolschewiki zu ihrem Schmerz dem russischen Volke verschafft haben.

Oder es wäre vielleicht — gar nichts geschehen. Namentlich wenn man die Ablehnung der Kriegskredite mit einem begleitenden Text versehen hätte, der das Sichere als ein Nichts, als parlamentarisches Schauspiel zur Freude für leichtbefriedigte Mißvergünzte hingestellt hätte und das Volk zur Abwehr der Feinde weiter ermahnt hätte. Wem sollte das mit gedient sein? Wenn die Ablehnung der Kriegskredite nicht bedeutet hätte, daß für uns das schaurig-blutige Werk nun getan sei und für die Landesverteidigung höchstens noch Dinge geschehen dürfen, denen wir uns infolge des Zwanges nicht entziehen können, dann hätten wir die jetzt eingetretenen Siege der Deutschen im Westen als die blamierten Europäer erlebt, deren Ablehnung das Signal zum Triumph der Machtmittel war, die von den anderen bewilligt waren und der Menschheit vielleicht bald den Frieden bringen werden.

Die Ablehnung der Kriegskredite bedeutete entweder Niederlage und dadurch den Zusammenbruch für

das deutsche Proletariat, oder ein gemüthliches Sichbleiben ohne alle revolutionäre Kraft und damit einen Zusammenbruch für die sozialdemokratische Partei.

Und doch verstehen wir, wenn vielen unserer Genossen diese Gedankengänge nicht einleuchten wollten. Denn ganz richtig, eindeutig richtig ist es nie, wie es die Sozialdemokratie während eines Krieges macht. Sie will die Landesverteidigung, aber sie will im Interesse des eigenen Volkes und der ganzen Menschheit auch keine Unterdrückung der feindlichen Nationen.

Unter unfähigem Leide ertragen wir es, wenn durch das, was wir für die Landesverteidigung tun, die Proletarier anderer Nationen geschädigt werden und dadurch auch das deutsche Volk in Mitleidenschaft gerät. Wollten wir aber dieserhalb dem eigenen Lande Niederlagen bereiten, so würden wir Verräter nicht des Reiches, sondern des Volkes, nicht der Regierung, sondern des eigenen Proletariats sein, das England nach dem Siege unter dem Djaggenought-Rad seines Kapitalismus zermalmen würde. (Djaggenought war ein indischer Gott, dessen Götzenbild auf einem Riesenzug mit gewaltigem Rade, das Sklaven zermalmt, transportiert wurde.)

Das ist die Tragödie der Sozialdemokratie. Aber sie ist uns immer noch lieber als eine Komödie. Sei der sich alle Welt über unsere Partei belustigen würde, wie das bei einer nichts als parlamentarischen Ablehnung der Kriegskredite — ohne die Absicht und die Möglichkeit der Beeinträchtigung der Landesverteidigung — der Fall wäre.

Man kann anderer Meinung sein, aber Niederbarnim hat wohl gezeigt, daß die Massen nicht hinter den Schein gehen, sondern in unseren Reihen zu versuchen, abweichenden Gedanken und entgegengesetzter Taktik zum Siege zu verhelfen.

Wenn nach dem Kriege die Sozialdemokratie so stark werden wird, wie sie im Juli 1914 vergeblich zu sein versuchte, dann wird uns trotz Offrieden und junferlicher Wahlrechtsobstruktion die Tragödie der Gegenwart künftig erspart bleiben und dem Aufstieg der Massen der Weg gebahnt werden.

Die Kämpfe im Westen.

Wie der gestrige Abendbericht meldet, toben harte Kämpfe zwischen Bapaume und Peronne. Die Engländer haben sich hier alle wiederum zur Wehr gesetzt und versuchen, dem weiteren Vordringen der Deutschen, die an dieser Stelle den Feind auf seine alten, vor Beginn der Sommerkämpfe 1916 gehaltenen Stellungen zwischen Ancre und der Somme zurückgeworfen haben, Einhalt zu gebieten. Ob ihm das hier bereits gelungen wird, bezweifeln wir. Es wäre aber töricht, anzunehmen, daß sich die Engländer nun endmütigen ließen. Sie werden unseren vordringenden Truppen zweifellos noch mehr zu schaffen machen, als es in diesen Tagen bereits geschehen ist. Es ist notwendig, daß bei aller Ferngründung, die über die glänzenden Erfolge der deutschen Truppen herrscht, auch hierauf hingewiesen wird, um so manchen Heimstrategen, der mit seinen Gedanken schon wieder in der Luft schwebt, mit beiden Beinen auf die Erde zurückzuführen. Das ist aber weiter notwendig, um das voll würdigen zu können, was von unseren Truppen bisher geleistet worden ist und noch geleistet werden muß, um das Ziel, die Gegner friedensbereit zu stimmen, zu erreichen.

Das Land zwischen Scarpe und Oise war schon in früheren Perioden dieses Krieges hart mitgenommen. Es hat die erbitterten Kämpfe gesehen, in denen der deutsche Vormarsch 1914 zum Stillstand kam, es war der Schauplatz der blutigen Sommerkämpfe, die seine einst so freundlichen, in Wohlstand prangenden Ortschaften zu wüsten Trümmerstätten umwandelten; es wurde gerade jetzt vor einem Jahre von den deutschen Heeren geräumt, nach gründlicher Zerstörung alles dessen, was noch für den Gegner irgendwie gebrauchsfähig gewesen wäre; und es ist nun in einer Angriffschlacht von unerhörter Wucht abermals von unseren Truppen zurückerobert worden. Wie es jetzt in diesem Lande aussehen mag, daran läßt sich nur mit Entsetzen denken. Und nicht gedankenloser Jubel über das dort Errungene ziemt uns in dieser Stunde, sondern stärkstes Mitgefühl mit unseren Kämpfern, die nach den Strapazen des Anmarsches, nach den Wivats in kalter Nacht auf fretem Felde, nach der Blut- und Blutarbeit der Sturmtage, für ihre ermüdeten Leiber wieder eine Zuflucht suchen müssen in dieser gerühmten und zerstampften Erde, und sich dabei sagen müssen, daß ihnen das Härteste vielleicht noch bevorsteht.

Zu dem gestrigen Heeresbericht — in dem infolge eines telephonischen Sprechfehlers die bisher erbeuteten Gefangenen auf 25 000 statt auf 45 000 angegeben waren — wird noch ergänzend berichtet:

In der größten Schlacht des Krieges, wie die Engländer selbst den Niesenkampf im Westen nennen, hat das britische Heer am 24. März bei Bapaume eine zweite schwere Niederlage erlitten. Ueber Bapaume, Peronne, Mesle, Guisnard, Chauny hinaus ist der Feind geworfen. An einzelnen Stellen ist die deutsche Infanterie in ununterbrochenen harten Kämpfen

bis zu 40 Km. vorgestoßen. Aus alten und eiligst ausgehobenen neuen Stellungen mußte der Feind der blanken Waffe weichen. An anderen Stellen schoß ihn unsere Artillerie, oft vor der eigenen Infanterie offen auffahrend, heraus. Deutsche Tanks, die sich vortrefflich bewährten, und durch erbeutete englische Tanks verstärkt wurden, hatten hervorragenden Anteil beim Brechen des tapferen feindlichen Widerstandes. Die heftigsten Gegenangriffe früher englischer, wie auch französischer Infanterie- und Kavalleriedivisionen scheiterten nach heißem Ringen unter schwersten Feindverlusten. Sie kosteten bei Guisnard und Chauny dem Feinde allein 100 Offiziere, 3500 Mann, 18 Geschütze und zahlloses Kriegsgerät.

An vielen Stellen des weiten Schlachtfeldes häufen sich die Zeichen eines fluchtartigen Rückzuges und erinnern an die Katastrophe der italienischen Armee am Nonzo. Die englischen Rückzugstragen liegen unausgeseht unter schwerstem deutschen Fernfeuer. Schon brennt, den vorgehenden Deutschen erkennbar, der wichtige englische Bahnhof und Eisenbahnnotenpunkt Albert,

dem die südlich Bapaume vordringenden deutschen Angriffskolonnen zustreben. Zahllose zu Gegenstoßen eingesetzte britische Tanks, untermischt mit zusammengeschlossenen Motorbatterien schwersten Kalibers, liegen zertrümmert in den Straßen.

An einer Stelle liegt eine ganze Batterie mit 25 toten Pferden.

Ungeheure Munitionshapel von vielen Hunderttausenden von Artilleriegeschossen türmen sich hier und da hoch empor. Die Hübe der Tausende genommener Maschinengewehre läßt sich nicht annähernd angeben und übersteigt alles bisher Dagewesene. Der unaufhaltbare Sturmangriff unserer unvergleichlichen Infanterie läßt keine Zeit zur Zählung der gewaltigen Bestände an Kriegsgerät, Lebensmitteln und sonstiger Beute. Ueber den weit über 600 erbeuteten Geschützen sind viele verschüttet oder außer Gefecht gesetzt. Das Vordringen der deutschen Infanterie in dem dichten Nebelmeer der Vormittage serpienkte die gegnerische Befehlsgebung. In allen Phasen der folgenden Kämpfe zeigte sich, daß die englische Führung nahezu völlig ausgeschaltet war.

Durch das zum Teil topflose Vorwärtren seiner Reserven, um sich gegen die drohende Gefahr von Norden Luft zu verschaffen, hat der Engländer seine Niederlage am 22. und 23. März nur vergrößert.

Das Beutefeld, über das die Deutschen vordrangen, stellt mit seinen unerhörten Mengen von Munition, Picnetergerät und Lebensmitteln einen

Wert von ungezählten Millionen dar. Raum der leiste feindliche Versuch, diese Bestände zu vernichten. Nur eine Armee, die sich vollständig geschlagen fühlt, kann das Kampffeld in solcher Gestalt dem Sieger überlassen. Hieran können auch die Berichte der Gegner nichts ändern. Der Sieg ist und bleibt bei unseren deutschen Waffen!

Welche Strapazen unsere wackeren Soldaten durchzumachen haben, geht schon daraus hervor, daß sie beim Vortagelang ohne jeden Schlaf

gewesen sind. Eine kleine Entschädigung hierfür finden sie in der großen Beute, die ihnen Tabak, Zigaretten, Konserven und andere willkommene Dinge gebracht hat. Ueber die

Beute des Schlachtfeldes wird noch berichtet:

„Die Nebel- und Pulverdampf-Gaschwaden, die am ersten Tage über der ganzen Armee front lasteten, ließen zunächst keinen Ueberblick über die gemachte Beute gewinnen, als aber am nächsten Morgen die zweite Stellung durchschritten war, mehrten sich die Anzeichen des feindlichen Rückzuges. Zwar hatten die Engländer versucht, ihre Artillerie zurückzuführen. Allein ein großer Teil der Batterien war doch liegen geblieben. Die türmende Infanterie eilte an den Batteriestellungen, aus deren Tiefen die Geschützlände, Kanonen, Haubitzen und Mörser nicht mehr rechtzeitig zurückgeschafft werden konnten, vorbei. Die Munition war in großen Mengen liegen geblieben. Auf den Straßen sah man einzelne niedergeratene Fahrzeuge, umgestürzte Munitionswagen und Bagagelarren. Das Bild des eiligen und überstürzten Rückzuges verstärkte sich erheblich nach der Lebensmittel- und dritten Stellung. Hier standen Marinekanonen und Eisenbahngeschütze. Hier lagen all die zahllosen Depots und Magazine. So rasch ging der Rückzug vor sich, daß die Engländer die hier lagernden Vorräte nur zum geringen Teile zurückführen, ja, nicht einmal zerstören konnten. Die großen Munitionslager, voll mit Artilleriegeschossen und Handgranaten erinnerten in der Unvorstellbarkeit, in der sie die Deutschen antreffen, an den italienischen Rückzug. — In den bei der deutschen Siegfried-Bewegung im Frühling 1917 zerstörten Dörfern hatten sich die Engländer leidlich eingerichtet. Ein Teil der Häuser war wieder ausgebessert worden. Im übrigen hatten sie Baracken und Zeltlager erbaut. Ein großer Teil von diesen bestand aus Wellblech und war daher bei der Eile mit der die Engländer abzogen, nicht zerstörbar. Ueber auch die Holzbaracken und Zelte waren nur zum Teil in Brand gesetzt. Hier fanden die Deutschen erhebliche Vorräte an Konserven, Weizenbrot, Marmeladen, Wein und Tabak. In

...den Stellen waren große Depots mit Uniformen, Wäsche und
 Eisen erbeutet, auch Lederzeug, Geschütze, sehr viel Gummi-
 schiefel, wie überhaupt die Leute an Gummi in Formen von
 Eisen, Dedern und Umhängen einen großen Posten darstell-
 ten. Von erheblichem Werte, vor allem für die weitere Versorgung,
 das
gut ausgebaute Feldbahnen,
 die die Engländer angelegt hatten. Am dritten Tage mehr-
 als die Leute noch durch Batterien, die durch rasch herangebrachte
 Maschinengewehre bewegungsunfähig gemacht oder mit Gift der
 Bespannung genommen wurden. Dazu kamen die Tanks,
 die die Engländer zum Gegenangriff ansetzten und zahlreich zer-
 stört liegen blieben. Der Gesamtstand nach drei Tagen
 Schlacht ist der, daß die bisherigen Kämpfe die Engländer be-
 reits einen derartigen Materialverlust kosteten, daß ihn noch
 amerikanische Hilfe nicht so leicht ausgleichen kann.

Über die
ersten deutschen Tanks
 liegt folgendes vor:
 Den südöstlich von Quentin kämpfenden deutschen Divisionen
 waren Tanks zugeführt. Die deutschen Sturmfahrzeuge haben sich
 glänzend bewährt. Ihre Schnelligkeit und Beweglichkeit wird
 überall gerühmt. Sämtliche eingekesselte Wagen führten unzer-
 stört aus dem Kampfe zurück. Ihrem Eingreifen ist es haupt-
 sächlich zu danken, daß der rasche Widerstand des Feindes, beson-
 ders der englischen Maschinengewehre, schnell und leicht ge-
 brochen wurde. Die Besatzung einer im Tal bei Arrillers ge-
 legenen Befestigung wurde durch die Tanks sofort überwältigt.

Die
feindliche Gegenangriffe
 beschränken, darauf macht die „Ross. Jtg.“ in folgenden Zeilen
 mit Recht aufmerksam:
 Nach 3½ Jahren Stellungskrieg ist durch die glücklichen
 Operationen und den Durchbruch der feindlichen Linien der Be-
 wegungskrieg wieder in Gang gekommen. Schwere Kämpfe
 stehen den deutschen Streitkräften noch bevor. Trotzdem haben
 wir mit dem bisher Erreichten schon allen Grund zur Dankbarkeit
 an unsere heldenmütigen Kämpfer. Natürlich werden die Gegen-
 angiffe alles versuchen, um durch Entlastungsangriffen unseren un-
 aufhaltsamen Vordringen Einhalt zu gebieten. Derartige Offen-
 siven können bei Verdun, in der Champagne, in Lothringen
 einsehen. Unsere Verluste sind entgegen den feindlichen
 Meldungen tatsächlich gering, nur bei einigen Di-
 visionen, die die schwierigsten Aufgaben zu lösen hatten, und
 ganz besonders besetzte Stützpunkte niederzukämpfen mußten, sind
 sie etwas höher. Vorwärts der von uns erreichten Stellung
 befinden sich keine feindlichen Stellungen mehr. Auch im Süden
 sind keinerlei feindliche Stellungen mehr vorhanden. Wir sind
 also vollkommen im Bewegungskrieg. Mit feindlichen Gegen-
 angriffen auf beiden Flügeln muß gerechnet werden.“

Wie sich nun die Sache weiter gestalten wird, ist nicht zu ja-
 gen; die deutschen Pläne und Absichten wissen wohl nur einige
 wenige unserer führenden Heerführer. Unsere Gegner zerbrechen
 sich die Köpfe, was weiter geschehen wird. Clemenceau ist
 allerdings noch sehr hoffnungslos; angeblich soll er gesagt haben,
 er sei entsetzt. Die Engländer hätten standgehalten; alles
 gerate aufs Neue.“
 Zeitschrift in was „Pomme Libre“
 spricht: „Geben wir uns keinen Täuschungen hin. Deutschland
 in seinem Eigenwillen und seiner Verblendung wird den Angriff
 mit allen Kräften noch einige Tage fortsetzen. Die Deutschen
 werden unsere Front abhämmern und da und dort auch Beulen
 hineintreiben. Immer aber werden wir auf der Hut sein und
 unsere Soldaten noch halten. Eine Welle von Optimismus geht
 über Frankreich. Sieht man ruhig zu und überlegt, daß der deutsche
 Militarismus mit gesenktem Kopfe in keine
 letzte Niederlage reut.“

Zweifellos wird man das glauben, wie jetzt auch versucht
 wird, die deutschen Berichtsberichte als unzutreffend hinzustellen.
 Mehr oder weniger verströhen die Ententblätter ihre Leser noch
 immer auf die
amerikanische Hilfe.

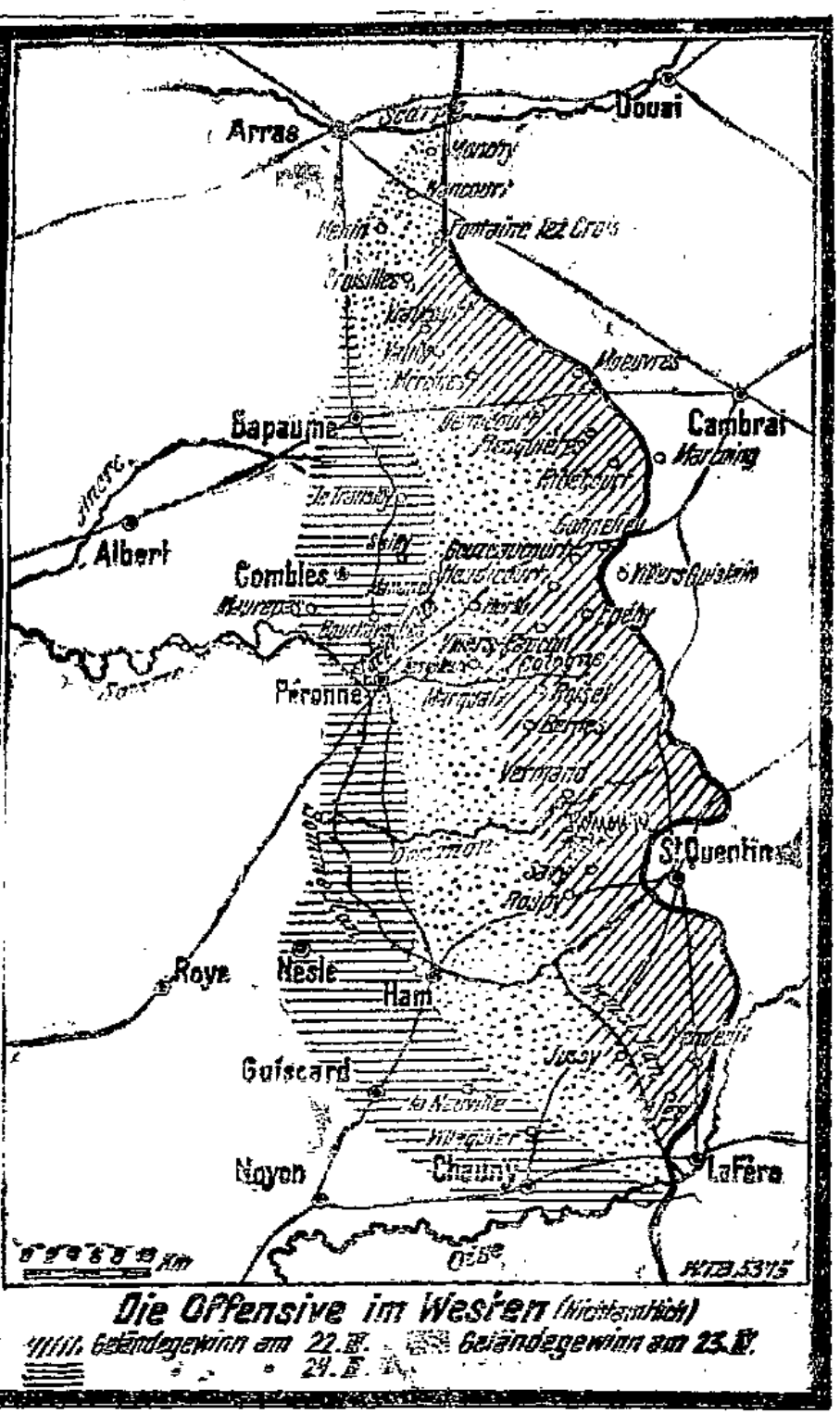
Wie es aber damit bestellt ist, geht aus folgender Washingtoner
 Meldung hervor:
 Die „Washington Post“ beklagt sich über die
 unzulänglichen amerikanischen Kriegsvorbereitungen der
 Vereinigten Staaten.

Das Blatt schreibt u. a.: „Wir werden im laufenden Jahre
 anderthalb Millionen Mann
 zur Einberufung nach Frankreich bereit haben, wenn wir die
 Transportmöglichkeiten dazu haben würden, die Ausfahrten dafür
 sind nicht ungenügend.“ Mit diesen Worten verweist der Kriegs-
 sekretär des Roten Kreuzes auf die Schwierigkeiten, und er
 fügt hinzu: „Sowohl ich nicht verhehlen will, daß Schiffe die
 harte Kuh der Lage sind.“ Ein überaus schmerzliches, verhängnisvolles
 „wenn“ richtet sich vor der Kriegführung der Vereinigten Staaten
 auf. Wenn Schiffe vorhanden sein würden, dann könnten die
 Vereinigten Staaten im Jahre 1918 anderthalb Millionen Mann
 nach Frankreich schicken. Wenn Schiffe vorhanden sein würden,
 dann könnten Lebensmittel an die alliierten Völker versandt und
 die Fortführung des Krieges ermöglicht werden. Wenn Schiffe
 vorhanden sein würden, dann könnte Munition nach Frankreich
 und England geschickt werden, um ihre Armeen im Felde zu ver-
 sorgen. Kurz dieser verhängnisvollen Verhältnisse wird von
 dem Kriegsekreter ausführlich erklärt, daß die U-Boot-Tätigkeit
 wieder aufgenommen worden ist, und zwar gerade gegen die
 Schiffe, welche den Atlantik von den Vereinigten Staaten her,
 zu kreuzen versuchen.“

Der deutsche Abendbericht.
 R.W. Berlin, 25. März, abends. (Zusatz.)
 Harte Kämpfe zwischen Bapaume und Peronne. Wir
 waren den Feind hier auf keine Weise vor Beginn der Sommer-
 schlacht 1916 gehaltenen Stellungen zwischen Trates und der
 Somme zurück.
 Zwischen der Somme und Dije sind unsere Truppen
 kämpfend im Vordringen.

Die englischen Berichte.
 Zum 23. März, morgens. Das schwere Ringen hielt bis in
 die letzten Nachmittagsstunden heute an der ganzen Schlachtfeldfront an.
 Im Laufe des Nachmittags wurden mächtige feindliche Angriffe
 mit großer Infanterie- und Artilleriemacht geführt. Ein durch-
 brechen unserer Verteidigungslinien warlich von St. Quentin.
 Unsere Truppen an diesem Teile der Schlachtfeldfront gingen sich in
 guter Ordnung quer durch das vermintete Gebiet zurück, um neue
 Stellungen weiter westlich vorzubereiten. Unsere Truppen im
 Nordteil der Schlachtfeldfront haben ihre Stellungen. Sehr schwerer
 Kampf mit frühen Streitkräften in der Gegend.
 Zum 24. März, morgens. Es ist keine wesentliche Veränderung
 der Lage an der Schlachtfeldfront während der Nacht eingetreten,
 obwohl weitere Gefechte an einer Reihe von Stellen stattgefunden.
 Unsere Truppen halten die Linie von der Somme bis nach
 Somme. Kleine feindliche Abteilungen, die in der Nähe von
 Somme durchgehenden verminteten, wurden zurückgedrängt. Auf
 unsere rechten Flügel waren wir in Verbindung mit den Fran-
 zosen, und nördlich an der Somme, bei Peronne, haben unsere
 Truppen ihre Stellungen, nachdem sie eine Anzahl Angriffe an
 verschiedenen Stellen dieser Front während der ersten Nachmittags-
 stunden hatten.

Zum 24. März, abends. Neue feindliche Angriffe von großer
 Stärke zwischen St. Quentin und der ganzen Schlachtfeldfront und
 auch den ganzen Tag über an St. Quentin. Unsere Truppen sind
 heute nach heftigem Kampf, die Somme an gewissen Punkten
 zu Peronne zurück. Dasselbe werden später mitgeteilt. Feindliche
 Angriffe an der Schlachtfeldfront mit großer Heftigkeit



Die Offensive im Westen (Nichtamtlich)
 1918. Geländegewinn am 22. B. Geländegewinn am 25. B.

gegen die Linie der Fortifikation. Unsere Truppen zogen sich
 an diesem Abschnitt der Schlachtfeldfront kämpfend auf neue Stel-
 lungen zurück. Weiter nördlich wurden wiederholte, in starken
 Verbänden ausgeführte Angriffe der deutschen Infanterie unter
 schweren Verlusten für den Feind abgelehnt. In diesen Kämp-
 fen zehnten sich die 17. und 10. Division besonders aus, indem
 sie viele feindliche Angriffe abwehrten.

Die französischen Berichte.
 Am 24. März, nachmittags. Nach heftigem Geschützfeuer
 verhielten die Deutschen südlich Juniortum einen Handstreich.
 Der Artilleriekampf war in der Gegend des Kräfte-Ralles
 sowie im Waldgebiet in Richtung auf La Fontenelle und Har-
 tmannsweilerkopf ziemlich heftig.
 Abends. Westliche Artilleriebetätigung nördlich des Chemin
 des Dames. Artilleriebeschießungen waren zuweilen heftig in der Cham-
 pagne in der Gegend auf dem rechten Maasufer, zwischen
 Courtyeres-Wald und Bezonvaux und am Hartmannsweilerkopf.

Die Beschießung von Paris.

Der Beschießung am Sonnabend ist eine weitere Be-
 ziehung am Sonntag und Montag gefolgt.
 Am Sonntag wurde sie um 7 Uhr morgens, gestern bereits
 6.50 Uhr wieder aufgenommen. Nach einer Genier Meldung
 verringerten sich am Montag und Sonntag die Panzer zwischen
 dem einzelnen Abschüssen bei der Beschießung von Paris auf
 sieben Minuten. Die Zielrichtung war die Umgebung
 von St. Germain. Der Standort des Geschützes wird auf der
 Nordost-Südwest-Linie gesucht. Der Temps' geht, daß die
 Fachkreise aus den kürzlich angelegten Granatflüchen keine
 haltbaren Vermutungen über die Art der technischen Neuheit
 der Artillerie aufstellen können. Der Börseverkehr soll in
 Kellerräumen abgehalten werden.

Die Zahl der aus den deutschen Ferngeschützen in Paris
 und Bannweite erzielten Treffer gibt das „Journal“ auf 24
 an, die in Zwischenräumen zwischen 15 und 20 Minuten ein-
 schlugen. Angenommen wird, daß dank eines neuen Disposi-
 tions aus verschiedenen Geschossen während der Flugdauer neue
 Geschosse sich entladen, als eine Relais-Methode verwendet
 wird. Als sicher stellt das „Journal“ fest, daß die deutschen
 Flieger wesentlich zur Zielsicherheit der deutschen Geschütze be-
 tragen. Eine Havasnote spielt darin, daß die Gesam-
 tage an der Westfront unerkennbar ernst sei,
 daß aber das beispiellose gegnerliche Kräfteangebot Frankreich
 vorbereitet findet, um auch die schwerste Probe zu bestehen.

Im „Journal du Peuple“ schüder der sozialistische Ab-
 geordnete Bland den Andrang der Flüchtlinge zu den Jügen
 nach dem Süden. Er findet es sehr begründlich, daß die Eltern
 ihre Kinder in Sicherheit bringen wollen, aber er findet es
 weniger lobenswert, daß sich die reichen Leute retten wollen
 einschließlich der Kriegshüter, die sich in Paris nicht mehr sicher
 fühlen, aber wohl ihre Tätigkeit in Bordeaux und Algä fort-
 setzen werden.

Von der französischen Grenze wird gemeldet, daß die
 Departements östlich von Paris als Kriegs-
 gefahrzone erklärt werden.

Die französische Presse hat über das geheimnisvolle deutsche
 Geschütz ein großes Rätselraten angestellt. Man spricht von
 einem unterirdischen Stollen, durch den die Deutschen bis auf
 30 Kilometer an Paris herangerückt seien; andere reden von
 einem kolossalen Stiff von deutscher Seite. Ein Kriegsreporter
 des „Echo de Paris“ legt dem geheimnisvollen Geschütz deshalb
 den Namen „die politische Kanone“ zu. Die „Heure“
 des Abgeordneten Gembat findet, daß derartige Scherze
 wenig angebracht sind. Die eigentliche ernsthafte Frage sei,
 warum die Deutschen derart weittragende Geschütze besitz und
 die Franzosen nicht.

Was der Krieg bringt.

Eine deutsch-französische Gefangenen-Vereinbarung.
 Am 24. März wird mitgeteilt:
 Im Dezember vorigen Jahres fanden in Bern Ver-
 handlungen zwischen Vertretern der deutschen
 und französischen Regierung über Gefangenenfragen
 statt. Die damals angekündigten Vereinbarungen sind jetzt ab-
 geschlossen und von beiden Regierungen ratifiziert worden. Die Ab-

machungen bedeuten nach ihrer Durchführung eine nicht zu unter-
 schätzende Verbesserung des Loses der Kriegsgefangenen und Zivil-
 internerierten. Zunächst wird eine erhebliche Anzahl von ihnen aus
 der Gefangenschaft befreit werden. Kriegsgefangene, die das
 48. Lebensjahr vollendet haben, werden nach 18monat-
 licher Gefangenschaft jetzt und in Zukunft, wenn sie Offiziere sind,
 in der Schweiz interniert, wenn sie Unteroffiziere oder
 Mannschaften sind, in die Heimat entlassen. Entsprechend wird
 für die bereits in der Schweiz internierten Unteroffiziere und
 Mannschaften verfahren.

Berner findet eine neue großzügige Internierung
 kranker und verwundeter Kriegsgefangener in
 der Schweiz statt. Es ist besondere Sorge getragen, daß alle,
 die Ansuchen auf Internierung haben, tatsächlich einer gemischten
 Kommissionsmission vorgelegt werden und daß die Stimme der
 Schweizer Ärzte über die Internierung entscheidet. Von großer
 Bedeutung sind ferner die Vereinbarungen über die Behandlung
 der Kriegsgefangenen unmittelbar nach der Gefangennahme und
 in den Lagern. Frankreich hat sich bindend verpflichtet, sie in
 Zukunft vor Angriffen, Velleitigungen, Herausgaben und öffent-
 licher Neugier zu schützen und mit Menschlichkeit zu behandeln.
 Militärische Aussagen dürfen nicht mehr erpreßt
 werden.

Die Arbeit der höheren Unteroffiziere vom Sergeanten
 aufwärts wird endgültig geregelt. Sie dürfen nur noch mit leichten
 Arbeiten, die für den Betrieb des Lagers notwendig sind, und nur
 innerhalb des Stachelzaunes beschäftigt werden. Erniedrigende
 Arbeiten sind ausgeschlossen.
 Weiter wurde erreicht, daß für die Offiziere und die nicht auf
 Krankenarbeit befindlichen Unteroffiziere und Mannschaften
 wöchentliche Spaziergänge eingerichtet werden.
 Damit ist ein seit Jahren gehegter Wunsch der Kriegsgefangenen
 endlich erfüllt.

Die geistige Beschäftigung und Fortbildung der
 Kriegsgefangenen sollen durch Errichtung von Leseräumen,
 durch Lehrkurse, Lagerbibliothek usw. möglichst gefördert werden.
 Die Bekämpfung von Hautverfäulungen wird wesentlich gemil-
 dert. Einfache Kochversuche können nur bis zum 1. April und mit
 höchstens 30 Tagen Arrest geahndet werden. Bei Verurteilung von
 gemeinsamen Kochversuchen oder solchen, die in Verbindung mit
 Eigentumsvergehen begangen werden, ist zwei Monate die Höchst-
 strafe für die Strafbauer, sofern nicht eine der strafbaren Hand-
 lungen mit Zuchthaus bedroht ist. Diese Bestimmungen des
 Abkommens werden rückwirkend angewandt, so daß die deutschen
 Kriegsgefangenen, die jetzt Strafen wegen Kochversuchs verbüßen,
 zum großen Teil in die Lager zurückkehren werden.

Kriegsgefangene Bäcker und Schneide- oder Bräuer werden
 in Zukunft in einem Lager vereinigt, wenn nicht ganz besonders
 Bedenken entgegenstehen. Die Transportkosten trägt der Nehme-
 staat.

Außer den genannten Bestimmungen regelt die Vereinbarung
 noch eine Reihe von anderen wesentlichen Punkten, die eine wich-
 tige Verbesserung in der Lage der deutschen Kriegsgefangenen in
 Frankreich bedeuten.

Am Anschlag an das jetzt vereinbarte werden in Kürze ge-
 meinsame Verhandlungen deutscher und französischer Regierungs-
 vertreter in der Schweiz stattfinden, bei denen in erster Linie die
 Freilassung der völkerrechtlich niedrig zurückgehal-
 tenen Gila-Bohringer zur Sprache kommen und wei-
 ter die dringende Frage eines weitgehenden Austausches der län-
 gere Zeit gefangenen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten auf
 neue behandelt werden soll. Die Familienväter über 40 Jahre
 mit mindestens drei Kindern werden besondere Berücksichtigung
 finden.

Auch die Milderung der Länge und Vollstreckungsart der
 beiderseitigen gerichtlichen und disziplinarischen Strafen wird
 Gegenstand der Verhandlungen sein, die hoffentlich weiter dazu
 beitragen, das Los unserer braven Kriegsgefangenen und der be-
 dauernswerten Zivilinternierten in französischer Hand zu lindern.“

Gegen den deutsch-russischen Friedensvertrag.

Der große Konvent, der im Kaukasus unter dem Vor-
 sitz des Präsidenten Tschaidie in Tiflis abgehalten wurde,
 hat sich mit einer Mehrheit von 165 Stimmen gegen die Re-
 gierung Lenins und gegen die Ratifizierung des
 Friedens aus gesprochen.

Die türkische Regierung

will nach Blättermeldungen in der Krim gegenüber den
 Bolschewikis eingreifen, um die verfolgten Religionsgenossen zu
 befreien. Man sollte sich nur die Finger verbrennen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 25. März. (Anstich.) Unsere Unterseeboote
 haben auf dem nördlichen Kriegsschauplatz 22 000 Brutto-Regi-
 stertonnen feindlichen Handelschiffsräume vernichtet. Die
 Erfolge wurden vorwiegend an der englischen Ostküste bei Be-
 sonbers starker feindlicher Gegenwirkung erzielt. Unter den
 versenkten Schiffen waren zwei größere englische tief beladene
 Dampfer. Ein großer, tief beladener zur Tauschung anderer
 Unterseeboote über das ganze Schiff bunt bemalter Dampfer
 wurde aus stark gesichertem Geleitzuge herausgeschossen. Den
 Hauptanteil an diesen Erfolgen hat Oberleutnant zur See Mengel.
 Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Ein deutsches U-Boot im Hafen von Ferrol.

Ein deutsches Unterseeboot von 4000 Tonnen trat im Hafen
 von Ferrol ein. Ein spanisches Kriegsschiff wurde ihm
 entgegengelandt. Das Unterseeboot war mit zwei 11 Cm.-
 Kanonen besetzt. Der Kapitän forderte britische Einlaß in
 dem Hafen, weil das Unterseeboot infolge eines mit drei
 Schiffen ausgefochtenen Kampfes schwer beschädigt sei.
 Die Besatzung bestand aus 30 Mann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Neuorientierung in den Kleinstaaten.
 Nach dreiwöchiger Tagung ist der Landtag des Fürsten-
 tums Lippe wieder auseinandergegangen, ohne daß das
 Versprechen der Regierung, die Neuordnung namentlich auch
 im Wahlrecht durchzuführen, eingelöst worden wäre. Mit 9
 gegen 8 Stimmen ist der Antrag auf Einführung des glei-
 chen Wahlrechts abgelehnt worden. Die beiden Natio-
 nalliberalen stimmten gegen den Antrag. Auch die
 Regierung erklärte sich dagegen. Sie scheint sich mit dem
 Plan eines deutsch-russischen Wahlrechts zu be-
 schäftigen, der von den Kontrahenten geordert wird.
 Abgelehnt wurde auch der Antrag auf Einführung der
 Erbschaftsteuer für Kinder und Ehegatten. Daß gleich nach
 dem Kriege eine große Steuerreform nötig sei, erkannten
 alle Fraktionen an. Das neu beschlossene Gewerbesteuer-
 Gesetz erstreckt sich auch auf die sogenannten freien Berufe
 (Ärzte, Rechtsanwälte usw.) Das von der Regierung vor-
 gelegte Fortbildungsschulgesetz, das die Schulpflicht bis zum
 18. Jahre festlegen will, wurde vorläufig zurückgestellt.

Mus Lübeck und den Nachbargebieten. Der amtliche Kriegsbericht.

Dienstag, 28. März.

Die Bürgerschaft

Hielt gestern Abend eine Sitzung ab zu dem ausgesprochenen Zwecke, den in der letzten Versammlung gefassten Beschlüssen Einkommen bis zu 1000 Mark steuerfrei zu lassen, wieder aufzuheben. Der Saal war mit großer Fülle von zahlreichem Bürgerchaftsmitgliedern besetzt. Der Standpunkt des Senates hatte Herr Senator Dr. Bernhöfer zu vertreten. Er wies darauf hin, daß vor einigen Jahren ein ähnlicher Antrag Dr. Schlomer abgelehnt worden sei. Es handle sich in der Hauptsache um Unselbständige, die den gedachten Tisch vorfinden. (Lachen bei den Sen.) Zurückgeben sei, daß auch die Steuererleichterung eingeführt wird, ist ihre spätere Beseitigung schwer, und das ist für den Senat besonders bedenklich.

Genosse Ehlers wandte sich gegen diese Ausführungen und bemerkte, daß er die Haltung des Senates in dieser Sache unbegreiflich, ja garabesuglich finde. Wenn er Einwendungen gegen den Antrag hatte, so konnte der Senat doch schon in der vorigen Sitzung antworten, zumal ihm die Materie von früher her bekannt sein mußte. Er dachte vermutlich, der Antrag würde doch nicht angenommen, und deshalb schied er seine Kommissare. Hier handle es sich um die Verneinung der Armen (Widerspruch), die nicht in der Lage sind, von ihrem Einkommen noch Steuern zu zahlen, um Dienstmädchen, Verkäuferinnen, Arbeiterinnen, Kleinarbeiter usw. Das Geld reicht für die Kasse nicht aus und so müssen vielfach die Eltern die Steuer für die bei ihnen wohnenden Kinder bezahlen. In Preußen, Hamburg und Bremen sind Einkommen bis 900 Mk. einkommensteuerfrei. Die Gründe des Senates sind nicht stichhaltig und deshalb sollte die Bürgerschaft fest bleiben und ihren Beschlüssen aufrecht erhalten. Er beantragt namentlich die Ablehnung.

Senator Dr. Bernhöfer sucht die Darlegungen unseres Genossen Ehlers dadurch zu entkräften, daß er meinte, in Hamburg und Bremen lägen die Verhältnisse anders als in Lübeck und in Preußen werde bereits von 400 Mk. ab Gemeindecinkommensteuer erhoben. In Mecklenburg müsse man sogar schon bei 200 Mk. Einkommen davon Steuer entrichten. Ob dem Herrn Senator das als Ideal vorstünde? Ehlers vertrat mit Wärme den Standpunkt von Ehlers und wies darauf hin, daß jetzt die Preise für Wäsche und Kleidung ganz außerordentlich gestiegen sei, wodurch die kleinen Einkommen besonders getroffen werden. Die Herren G. Reimpel, Dr. G. G. G. und v. Broden betonten zwar ihre Sympathie für die Tendenz des von der Bürgerschaft angenommenen Antrages Ehlers, kamen dann aber „aus grundsätzlichen Erwägungen“ zu seiner Ablehnung. Herr v. Schack sah in der Steuerfreiheit der Einkommen unter 1000 Mark sogar eine Ungerechtigkeit gegenüber manchen Leuten mit höheren Einkommen. Diesem Herrn wurde vom Genossen Ehlers und Thiele nach das Erforderliche gesagt. Dann kam der Unfall der Bürgerschaft. Mit 37 gegen 29 Stimmen hob sie ihren einst vor acht Tagen gefassten Beschlüssen wieder auf. Ein bedauerliches Armutszeugnis!

Hierauf kam zur Beratung der von der Bürgerschaft dem Bürgerausschuß zur näheren Erwägung überwiesene und nicht an den Senat gelangte Antrag von Stellung: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat, 1. halbjährlich die Unterstützungssätze für die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen zu erhöhen; 2. den Kriegermüttern und -vätern aus staatlichen Mitteln während der Dauer des Krieges einen Zuschuß zur Hinterlassenenrente zu gewähren.“ Stellung manifest zunächst, daß es über drei Monate gewährt hat, bevor dieser Antrag im Bürgerausschuß seine Erledigung fand. Es müßten Mittel und Wege gefunden werden, die eine schnellere Erledigung von dem Bürgerausschuß überwiesenen Anträgen ermöglichen. Zur Sache selbst wird auf die Beweggründe hin, die zur Stellung des Antrages Veranlassung gaben. Während man in anderen Städten die Unterstützung der Kriegerväter und Kinder wesentlich (in Hamburg und Altona z. B. um 15 Mk. für die Frau und 7,50 Mk. pro Kind) erhöht habe, hätte man sich in Lübeck auf die vom Reich zurück zu erhaltende Erhöhung von 5 Mk. pro Kopf beschränkt. Das sei unzureichend; die Unterstützungssätze seien in anderen Städten teilweise nicht unerheblich höher als in Lübeck. Redner ging dann auf die Verhandlungen im Bürgerausschuß ein. Leider sei der Ausschuss seiner Kommission nicht gefolgt, die eine weitere Erhöhung der Unterstützung um 5 Mk. für die Frauen und 2,50 Mk. pro Kind ab 1. Januar 1918 vorgeschlagen hätte. Mehrere sei der Antrag Broden angenommen, nach welchem erhöhte Unterstützung von Fall zu Fall gewährt werden soll. Man wisse nun nicht, wenn die Entscheidung hierüber übertragen werden solle; der Kommission zur Festsetzung der Unterstützungen, der kein Vertreter der in Frage kommenden Kreise angehört und die — da sie aus ihrer Haut nicht heraus können — häufig die Unterstützungsfrage nach Schema F regelt? Oder dem Roten Kreuz? Letzteres aber umfasse nicht alle Kriegerväter. Hier begegne man häufig der Auffassung, daß es sich bei der Gewährung der Unterstützungen um eine Wohltätigkeit handle. Das solle aber viele Frauen ab; sie seien der durchaus richtigen Meinung, daß sie ein Anrecht auf diese Zuwendung haben. Der Einwand, daß die erhöhte Unterstützung bei dem sozialdemokratischen Antrage auch den mitarbeitenden Frauen zuteil werde, sei nicht stichhaltig. Wollte man hier eine andere Regelung, dann hätte sie von Anfang an eingeführt werden müssen. Deshalb solle man auch generell allen Frauen und Kindern der eingezogenen die erhöhte Familienunterstützung gewähren. Reichthümer könnten sich auch die mitarbeitenden Frauen nicht sammeln. Redner erwiderte auf Ueberweisung des ersten Teils des Antrages an den Senat, denn es handle sich um die Frauen und Kinder derjenigen, deren Männer und Väter zu einem nicht geringen Teil seine Erträge mitbringen, die wir in Weisen zu verzeichnen haben. Hier gelte es, nicht mit Worten, sondern durch die Tat einen Teil der Dankesschuld abzutragen. Der zweite Teil des Antrages sei erledigt, wenn auch die gewährten Zuschüsse als ausreichend nicht anzusehen seien.

In der Aussprache erklärte Dr. v. Broden um Ablehnung des Antrages Stellung. Eine allgemeine Erhöhung der Unterstützung sei nicht zweckmäßig, sondern es müsse von Fall zu Fall entschieden werden und dazu müsse das Rote Kreuz mithelfen. Dort, wo es besonders notwendig ist, muß eingegriffen werden, auch von Dr. G. G. G., Senator Dr. G. G. G. und v. Broden vertreten. Letzterer betonte, daß in der Organisation des Roten Kreuzes Änderungen vorgenommen werden, damit niemand aus falscher Scham auf die Unterstützung des Roten Kreuzes verzichte. Die Genossen Kadben und Stellung sowie Herr Thiele wiesen darauf hin, daß manche Kriegerväter, die durch Arbeit etwas verdienen oder Unterstützung von dem Arbeitgeber ihres Mannes erhalten, vom Roten Kreuz nichts bekommen. Die Frauen wollen keine Wohltätigkeit, sondern ein Recht, und dazu sei die allgemeine Erhöhung der Unterstützung erforderlich. Man sollte den Angehörigen der im Felde stehenden Soldaten nicht durch schöne Worte danken, sondern durch die Tat. Gegen eine harte Rinderkür wurde schließlich der Antrag Stellung abgelehnt, dem selbstverständlich alle Redner, die ihn befehligen, ihre platonische Sympathie bezeugten.

Zu Beginn der Sitzung, die bereits kurz vor 8 Uhr endete, gedachte der Vorsitzende Dimpfer der großen Schlacht im Westen, von der er einen baldigen „deutschen Frieden“ erhoffte.

Die gestrige Bürgerchaftssitzung verhandelte, wie unsere Leser aus der Tagesordnung ersehen haben, zwei Gegenstände, die von besonderer Bedeutung für die Rinderbeteiligten waren. Es da nicht auffällig, daß nur ganze 66 Mitglieder von 118

Weitere Fortschritte im Westen.

963 Geflügel erbeutet.

WZ. Großes Hauptquartier, 26. März. (Amtlich.)

Wöchentliche Kriegsauslage.

Im weiteren Gange der großen Schlacht in Frankreich haben unsere Truppen gestern neue Erfolge errungen. Aus Klomborn und aus Italien herbeigeführte englische Divisionen und Franzosen warfen sich ihnen in verzweifelnem Angriff entgegen. Sie wurden geschlagen!

Die Armeen der Generale v. Below (Otto) und v. d. Marwitz haben in heftigem, wechselvollem Kampfe Croillers endgültig behauptet und im Vorbringen auf Vitte-Grand die Dörfer Bihucourt, Bieville und Greville genommen. Sie eroberten Joles und Miramont und haben dort die Aere überschritten. Von Albert aus griffen herbeigeführte englische Kräfte in breiter Front heftig an. In der Straße Bapaume — Albert zurückgeworfen; wir haben die Straße überschritten.

Südlich von Beronne hat General von Hofacker den Uebergang über die Somme erzwungen und die in der Sommeschlacht 1916 heftig umstrittenen Höhen von Maisonette, sowie die Dörfer Biazes und Harlez erstickt. Starke feindliche Gegenangriffe schickten wir unseren Sinien.

Die Armeen des Generals Hutier hat in harten Kämpfen den Feind bei Marchoy und Hattencourt über die Bahn Beronne — Nonne zurückgeworfen. Franzosen und Engländer wurde das jah vertheidigte Etalon entziffen. Von Nonne herbeigeführte französische Divisionen wurden bei Brenches und Bhaucourt geschlagen. Russy wurde genommen. Wir stehen auf den Höhen nördlich von Nonne.

An den errungenen Erfolgen haben unsere Nachrichten-Truppen hervorragenden Anteil. In uner müßlicher Arbeit ermüdet haben sie das Zusammenwirken der nebeneinander stehenden Verbände und gaben der Führung die Sicherheit, die Schlacht in die gewünschte Bahn zu lenken.

Eisenbahntruppen, die fast den acwältigen Aufmarsch vor Beginn des Kampfes reibungslos vollführten und heute den Verkehr hinter der Front bewältigen, arbeiten rastlos an der Wiederherstellung zerstörter Bahnen.

Bei Beginn der Schlacht wurden 93 feindliche Flugzeuge und 6 Zeppelinballone abgeschossen. Rittermeister Frhr. v. Nischhofen errang seinen 67. und 68., Leutnant Bongard seinen 22., Oberleutnant Vörster seinen 24., Hauptfeldwebel Bachmer seinen 23., Leutnant Kroll seinen 22. und Leutnant Thay seinen 20. Luftsieg.

Die Beute an Geflügel ist auf 963 gestiegen.

Mehr als 100 Panzerwagen liegen in den eroberten Stellungen.

An der übrigen Westfront dauern Artilleriekämpfe an, die sich an der lothringischen Front zu größerer Stärke steigerten.

Wir setzen die Beschließung von Paris fort.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Der Friede mit Rumänien perfekt.

Bukarest, 26. März. Die wichtigsten politischen, territorialen und militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages mit Rumänien sind heute um 4 Uhr morgens paragrafisiert worden. Ebenso wurde ein umfangreicher rechtspolitischer Zusatzvertrag paragrafisiert und die Grundzüge eines Abkommens über die Gebälfrage unterzeichnet. Die übrigen wirtschaftlichen Fragen werden in Kommissionsberatungen weiter behandelt.

Einer Verabredung mit den rumänischen Delegierten entsprechend, wird das gesamte Vertragswerk nach seiner Fertigstellung gleichzeitig unterzeichnet und veröffentlicht werden.

erschienen waren? Das läßt doch nur auf ein sehr geringes Interesse für diese Kreise schließen. Die Mehrheiten, mit denen dann Beschlüsse gefaßt wurden, sind wohl lediglich als Zufallsmehrheiten zu betrachten, aber daran zu tragen haben Leute aus jenen Schichten, die infolge des bestehenden Wahlrechtes nur mit wenigen Sighen in der Bürgerschaft vertreten sind, obwohl sie die Mehrheit der lübischen Bevölkerung und lübischen Bürger darstellen.

Märzessen ist in der letzten Nacht in reichlichem Maße gefallen. Dem Beschauer bietet sich wieder das Bild einer schönen Winterlandschaft aus der Weihnachtszeit, obwohl in ein paar Tagen das Osterfest begangen werden kann. Auf die bereits grünen Stellen hat sich eine dicke Schneedecke gelegt, die sich auch über die blühenden Krokus und andere Frühlingsblumen ausgebreitet hat. Aber die Strahlen der Sonne, die neugierig des verspäteten Werk des Winter betrachten, werden wohl bald dafür sorgen, daß der Schnee wieder zu Wasser wird.

Befehlagnahme von Einrichtungsgegenständen. Am 26. März 1918 ist eine Bekanntmachung in Kraft getreten, durch welche die Befehlagnahme, Enteignung und Meldepflicht von Einrichtungsgegenständen aus Kupfer, Kupferlegierungen, Nickel, Nidellegerungen, Aluminium und Zinn verfügt wird. Die Befehlagnahme und Enteignung erstreckt sich auf bewegliche und eingebaute Gegenstände mannigfaltiger Art in Häusern, Wohn- und Geschäftsräumen, an Beförderungsmitteln u. dgl.; die betroffenen Gegenstände sind im § 3 der Bekanntmachung namentlich aufgeführt. Das Eigentum an den der Enteignung unterworfenen Gegenständen geht auf Grund der Bekanntmachung ohne besondere Benachrichtigung der betroffenen Personen auf den Reichsmilitärstützpunkt über. Befehlagnahme sind außer den namentlich aufgeführten Gegenständen auch alle übrigen gebrauchten und ungebrauchten Zingegenstände, ohne Rücksicht auf Beschaffenheit und tatsächliche Verwendung einschließlich Ziergegenständen aller Art, Kunstgegenständen, Schatz- und Sammlungsstücken. Die Enteignung erstreckt sich jedoch nur auf die namentlich aufgeführten Gegenstände. Die Bekanntmachung enthält verschiedene Ausnahmebestimmungen von der Befehlagnahme und Enteignung. Unter diesen Ausnahmebestimmungen ist besonders hervorzuheben, daß Gegenstände, die zur gewerbsmäßigen Veräußerung oder Verarbeitung bestimmt sind, nur unter die Befehlagnahme, nicht aber unter die Enteignung fallen, und daß solche enteigneten Gegenstände, für welche durch einen von der Landeszentralbehörde anerkannten Sachverständigen ein besonderer wissenschaftlicher, künstlerischer oder kunstgewerblicher Wert festgestellt wird, auf Antrag von der Enteignung befreit werden können. Des weiteren werden durch die Bekanntmachung die Befehlagnahme von Erbschaften für gewisse unentbehrliche Gegenstände und der Ausbau solcher Gegenstände, die vom Besitzer selbst nicht zur Abfertigung freigegeben werden können, geregelt. Endlich werden die Uebernahmepreise für die enteigneten Gegenstände festgelegt und die bisherigen Preisbestimmungen auf Grund früherer Metallmobilisierungs- und Befehlagnahmen

maßnahmen vereinfacht und zusammengefaßt. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden und bei den kommunalen Metallammelstellen einzusehen.

Die Ent- und Beladung von Eisenbahnwagen während des Sonn- und Feiertage. Unter Hinweis auf die bestehenden Anordnungen zwecks Bewahrung beschleunigter Ent- und Beladung der Eisenbahnwagen wird erneut darauf aufmerksam gemacht, daß ein ungehindertes regelrechtes Wagenumlauf unbedingt auch während der Osterfesttage sichergestellt werden muß; jegliche Störung oder Verzögerung muß unter allen Umständen vermieden werden. Empfänger und Absender haben rechtzeitig die nötigen Maßnahmen zu treffen. Soweit die mit allen Mitteln zu erstrebende Selbsthilfe nicht möglich oder nicht ausreichend ist, werden militärische Hilfsaktionen in gleicher Weise wie an den Wochentagen gestellt werden.

Der Wucher mit Holzspantoffeln.

Der Wucher ist ein äuerst robuster und rastloser Durche. Er macht sich jede Gelegenheit zunutze, um sein Schächeln zu lockern. Wird eine Ware rationiert, so begibt er sich auf Schleichwege; werden Höchstpreise festgesetzt, so sucht er sich am Schundschadlos zu halten. Am liebsten tummelt er sich natürlich dort, wo seinem Betätigungsbereiche noch keine Fägel angelegt wurden. So ist er seit einiger Zeit beim Holzspantoffelhandel an der Arbeit. Er hat sein Bündeln zu mähen. Der Holzspantoffel unterliegt bekanntlich zu wenig der Rationierung beim Bezugsscheinpflicht wie einer Preisvorschrift. Eine so schöne Gelegenheit, sein Geschäft zu machen, läßt sich unser Hans Dampf in allen Gassen nicht entgehen. Deshalb, die vor dem Kriege 60—80 Pfennig kosteten, hat er auf 4—5 Mark und darüber hinaufgetrieben. Es läßt ihn vollkommen kalt, daß es sich bei der Schaffung um die ärmsten Leute handelt. Er läßt auch nur, wenn diese über die elende Qualität der Ware klagen, die keine zwei Wochen des Tragens aushält. Spottend höhnt er: „Es ist Krieg! Ein Dummkopf, der sich nicht im Kriege die Taschen füllt!“ Eine rücksichtslose Ueberwucherung des Handels mit Holzspantoffeln erscheint unumgänglich.

Mietzinssteigerungen und Kündigungen. Wiederholt ist es vorgekommen, daß Mieter die vom Hauswirt beantragte Mietzinssteigerung nicht bewilligen wollten und deswegen ihrerseits Kündigungen: sie wandten sich alsdann nachträglich an das Einigungsamt mit dem Antrage, Mietzinssteigerung und Kündigung für unwirksam zu erklären. Solchen Anträgen vermag indessen das Einigungsamt nicht nachzugeben. Nach der Mietzinssteigerung kann das Einigungsamt Kündigungen nur für unwirksam erklären, wenn sie vom Vermieter ausgesprochen werden und der Mieter unverzüglich nach Erhalt der Kündigung das Einigungsamt anruft. Mieter, die selbst die Kündigung ausgesprochen haben, können danach beim Einigungsamt keinen Schutz finden.

Legitimationspapiere und Meldenscheinchen für Eisenbahnreisende. Es ist bekannt, daß zum Zwecke gegen die feindliche Spionageaktivität der Personenverkehr auf den Eisenbahnen unter feindliche militärische Kontrolle gestellt ist. Reisende, die von den Ueberwachungsbeamten ohne ausreichende Legitimationspapiere betroffen werden, laufen Gefahr, von ihnen festgenommen und der nächsten Polizeibehörde zugeführt zu werden. In seinem eigenen Interesse ist es daher jedem Reisenden, auch den deutschen Staatsangehörigen, dringend anzuraten, sich für jede Reise mit ausreichenden, nach nicht abgelassenen Legitimationspapieren zu versehen. Ungültig gewordene Pässe usw. werden von den Ueberwachungsbeamten den betreffenden Reisenden abgenommen.

Für Ausländer, und zwar nicht nur für feindliche, sondern auch für neutrale und verbündete Ausländer bestehen außerdem für die Dauer der Kriegszeit besondere Meldenscheinchen. Sie haben sich bei den Polizeibehörden ihres Wohnortes und bei den ihnen besuchten Orte an- und abzumelden und sich diese Meldungen in ihrem Paß, den sie auf Reisen bei sich führen müssen, bescheinigen zu lassen. Unterlassen sie diese Meldung, so haben sie zu gewärtigen, daß Anzeige gegen sie bei der Staatsanwaltschaft erstattet wird und ihre Verhaftung erfolgt. Diese Festimmung gilt auch für deutsche Frauen, die mit Ausländern verheiratet sind, weil sie durch diese Eheschließung die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben.

Kriegszustandsgericht der Garnison Lübeck. 1. Die Verkaufserlöse B. wurde wegen Uebertretung der Raubvorschriften zu vier Wochen Haft verurteilt. — 2. Der Gastwirt F. wurde wegen unberechtigten Tragens von Orden und Ehrenzeichen mit vier Wochen Gefängnis bestraft. — 3. Das Dienstmädchen K. wurde wegen unentschuldigter polizeilicher Abmeldung zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Die Zentrale für private Pflege und der Unterkunftsnachweis der Zentrale für private Pflege sind am Donnerstag, den 28. März, vormittags von 9—1 Uhr und am Sonnabend, den 30. März, ebenfalls nur vormittags von 9—1 Uhr geöffnet, an beiden Tagen nachmittags geschlossen. Von Dienstag, den 2. April werden sie wieder wie gewöhnlich von 10—1 und 3—6 Uhr geöffnet.

Schauspieltheater. Man schreibt uns: Konrad Leitner, der bekannte Meisterdetektiv, von seinem letzten Auftreten in Lübeck im September vergangenen Jahres noch in bester Erinnerung, veranstaltete am Donnerstag, dem 28. d. M., einen Vortragsabend mit einem ganz neuen Programm. Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um bei der großen Zahl der hiesigen Verehrer Konrad Leitners, das Theater bis auf den letzten Platz zu füllen. Vorkauf an den bekanntesten Stellen und im Odeon-Musikhaus.

ph. Stadtbüchling. Ermittelt und festgenommen wurde ein Eisenbrecher aus Wolfenbüttel, der seitens der Staatsanwaltschaft in Schwerin wegen schweren Diebstahls stadtbüchling verfolgt wurde.

pb. Wieder ergriffen und festgenommen wurde der Arbeiter Albert Heinrich aus Doberan, der am 22. ds. Mts. auf dem hiesigen Bahnhofe entflohen war, als er mit noch einem Komplizen mit dem er gemeinschaftlich in Albstede einen Einbruch ausgeführt hatte, in das Marzall-Gefängnis eingeliefert war.

pb. Diebstahl und Hehlerei. Ermittelt und festgenommen wurden zwei Verkäuferinnen eines hiesigen Kaufhauses, die an verschiedene Personen Waren von mangelhaftem Werte abgegeben und das Geld dafür für sich vereinnahmt hatten. Zu ihren Hauptabnehmern gehörte ein Teidler und ein Hausierer aus Kiel. Beide, die sich wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu verantworten haben dürften, wurden in Kiel festgenommen. In ihrem Besitze wurden noch verschiedene Waren vorgefunden, die sie auf unehrliche Weise erworben hatten.

pb. Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist seit dem 19. ds. Mts. ein auf den Namen „Luz“ hörender, etwa ein Jahr alter Dobermann-Hund, der ein Halsband mit dem Namen „Wallbrecht-Lübeck“ trägt. Der Eigentümer des Hundes sichert für die Wiedererlangung des Hundes eine Belohnung zu. Sachdienliche Mitteilungen werden von der St.-Gertrud-Wache entgegengenommen.

Bezeichnungen auf die S. Kriegsanleihe: Die Firma Carl Thiel & Söhne, A. G. zeichnete 500 000 Mk., die Firma R. u. G. Thiel zeichnete 500 000 Mk. (insgesamt 2 600 000 Mk.).

Hamburg. Schwere Bootsunglück auf der Alster. Beim Schwannhaus auf der Außenalster kenterte am Sonntag nachmittags ein mit zwei jungen Mädchen und drei Männern besetztes Ruderboot, wodurch sämtliche Insassen ins Wasser fielen. Von den Leuten konnten zwei geborgen werden; vermißt werden Marie Mannlich, Helene Jastten und Peter Karmann. Diese scheinen ertrunken zu sein. Das Bootsunglück soll dadurch hervorgerufen worden sein, daß mehrere der Fahrtraktoren die Blöße wuschelten.

Hamburg. Große Schließungen mit Kartoffeln. Wegen gewerbsmäßigen Schleichhandels wurde vom hiesigen Schöffengericht der Kohlen- und Kartoffelhändler Hermann

Der Ausbruch.

Unterirdisch growlt die Zeit.
Berge bröhnen, Täler murren.
Stadt und Dorf und Weiler knurren.
Fronten lauern sprungbereit.

Wald, der seine Stämme redt
gleich vor Zorn gestäubten Haaren,
brennt, in heiße Luft gefahren,
wenn die Schlacht sich fürchtbar streckt.

Tag und Nacht, vor Tau und Reif,
heult das Tier aus tausend Lungen,
leckt ins Land mit blutigen Zungen,
peitscht mit dem Granatenschweif.

Jede Muskel ist gestrammt,
Juden rinnt durch alle Glieder.
Schräg gepalt'ne Augenlider!
Mord und Tod und Blutluft flammt.

Reht mit schenkelmächtigen Schwung
schnellt der Krieg bis an die Sterne.
Alle Nähe, alle Ferne
reißt er ein mit einem Sprung.

In das blaue Frühlingszelt
fällt er. Alle Feste wanken.
Seine stahlbewehrten Pranken
trafft er um die junge Welt.

Millionen sind sein Kraß.
Hügel windgebleichter Knochen —
Leiber, wund und weh, zerbrochen
ohne Ziel und ohne Maß.

Wie er feucht und springt und fliegt!
Ganz der blutberauschte Tiger!
Wo sind Helben, wo sind Sieger?
Zimmer ist der Mensch besiegt.

Tod wandt durch die rote Zeit,
bläst auf seiner Knochenflöte
schrille Lieder... Töte! Töte!
Fronten lauern sprungbereit.

Sonne, bleib am Himmel steh'n!
Laß die Stunde nicht geraten!
Roter Frühling der Soldaten,
haß- und blut- und todbeladen
soll wie schwerer Traum zermeh'n.

Karl Bröger.

Die Unabhängigkeit Litauens.

Die Abordnung des litauischen Landesrats erschien beim Reichskanzler, um im Namen des litauischen Volkes Anerkennung der Selbstständigkeit des litauischen Staates von der deutschen Regierung zu erbitten. Der Abordnung ist vom Reichskanzler folgende Antwort erteilt worden:

„Im Namen und auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers als völkerrechtlicher Vertreter des Deutschen Reichs habe ich Ihnen folgendes zu erklären: Nachdem der litauische Landesrat als anerkannte Vertretung des litauischen Volkes am 11. Dezember 1917 die Wiedererrichtung Litauens als unabhängigen, mit dem Deutschen Reich durch ein ewiges festes Bundesverhältnis und durch Konventionen vornehmlich auf dem Gebiet des Militärs, Verkehrs, Zoll- und Münzwesens verbundenen Staates verkündet und zur Wiedererrichtung dieses Staates Schutz und Hilfe des Deutschen Reiches erbeten hat, nachdem ferner nunmehr die bisherigen

staatlichen Verbindungen Litauens gelöst sind, wird Litauen hiermit auf Grundlage der genannten Erklärung des litauischen Landesrates vom 11. Dezember 1917 im Namen des Deutschen Reiches als freier und unabhängiger Staat anerkannt. Das Deutsche Reich ist bereit, dem litauischen Staat den erbetenen Schutz und Beistand bei seiner Wiederaufrichtung zu gewähren und wird im Benehmen mit den Vertretern der Bevölkerung Litauens die dazu erforderlichen Maßnahmen treffen. Auch wird wegen Festlegung des Bundesverhältnisses zum Deutschen Reich und der für seine Gestalt vorgesehenen und erforderlichen Konventionen das weitere veranlaßt werden. Die kaiserlich deutsche Regierung geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die abzuschließenden Konventionen den Interessen des Deutschen Reiches ebenso Rechnung tragen werden wie des litauischen und daß Litauen an den Kriegslasten Deutschlands, die auch seiner Befreiung dienen, teilnehmen wird. Die formelle Urkunde über die Anerkennung wird dem Landesrat noch zugehen.“

Der in der Antwort genannte Beschluß des litauischen Landesrates vom 11. Dezember 1917 lautet folgendermaßen:

„Der litauische Landesrat, von Litauern des In- und Auslandes als einzige bevollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt, proklamiert auf Grund des anerkannten Selbstbestimmungsrechts der Völker und des Beschlusses der in Wilna vom 18. bis 23. September 1917 abgehaltenen litauischen Konferenz die Wiederherstellung des unabhängigen litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna und seine Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die mit den andern Völkern bestanden haben. Bei der Ausführung dieses Staates und zur Wahrnehmung seiner Interessen bei den Friedensverhandlungen erbittet der Landesrat Schutz und Hilfe des Deutschen Reiches. In Anbetracht der Lebensinteressen Litauens, welche die alsbaldige Herstellung dauernder und enger Beziehungen zum Deutschen Reich verlangen, tritt der Landesrat für ein ewiges festes Bundesverhältnis des litauischen Staates mit dem Deutschen Reich ein, das seine Verwirklichung vornehmlich in einer militärischen und einer Verkehrs-Konvention und einer Zoll- und Münzvereinbarung finden soll.“

Die Abordnung wird sich nunmehr nach Litauen zurückbegeben, um ihren Landesleuten das Ergebnis ihrer Sendung mitzuteilen.

Ein Protest des litauischen Nationalrates.

Das litauische Informationsbureau vermittelt folgende Resolution des litauischen Nationalrates:

1. Die zwischen dem Vierbunde einerseits (Deutschland im einzelnen) und Groß-Rußland und Ukraine andererseits zu Litauen abgeschlossenen Verträge können für das litauische Volk nicht verbindlich sein, da es trotz wiederholter Vorstellungen bei deren Abschluß weder teilnehmen konnte, noch vertreten werden durfte.

2. Weder die Diktirung, noch die Südgrenze, wie sie zu Litauen-Brest für unser Land gezogen wurden, entsprechen den rechtsmäßigen Ansprüchen des litauischen Volkes, die wir auf unbestreitbare völkische, geographische, geschichtliche und wirtschaftliche Verhältnisse gegründet erheben müssen. Ganz besonders die Diktirung, die von Druja (Druja), Bidzi (Bidzi), Wlomena (Wlomena), Marine, über Walsai (Walsai), nach Rudenai (Rudnau) läuft, und eine ganze Menge litauischer Kreise von ihrem Mutterlande abtrennt, ist durchaus verheerungsbedürftig, soll nicht der Friede von Litauen-Brest den Keim für spätere kriegerische Verwicklungen in sich tragen.

Ein Meldung des „Berliner Tageblatts“, welche von der „Germania“ bestätigt wird, berichtet von Vorverhandlungen, die zwischen den Zentralmächten (hauptsächlich Deutschland) und Polen im Gange seien und wonach diesen das Gebiet von Minsk zugesprochen werden soll, zu dem der Zugang von Polen aus nur über litauisches Territorium stattfinden könnte. Dazu bemerkt das litauische Pressebureau in Lianau: Das wäre nichts anderes als eine Verletzung des litauischen Gebietes, eine Verletzung seiner litauischen Bevölkerung und eine flagranter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Die Randstaaten werden Deutschland noch viel zu schätzen machen — das tritt mit jedem Tage deutlicher in die Erscheinung!

Die Wohnungsfrage.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages faßte in zweiter Lesung einstimmig folgenden Beschluß:

Den verbündeten Regierungen nachstehende Maßnahmen gegen die bestehende und nach dem Kriege sich noch verstärkende Wohnungsnot vorzuschlagen:

1. Die Leitung einer planmäßigen und umfassenden Wohnungserstellung nach dem Kriege sowie die Organisation aller hierfür im Reich vorhandenen öffentlichen und privaten Kräfte hat das Reichswirtschaftsamt als Zentrale für Uebergangswirtschaft zu übernehmen. Alle Vorbereitungen und Maßnahmen dazu sind von ihm in Einverständnis und Gemeinschaft mit den Bundesstaaten zu treffen und schon jetzt in die Wege zu leiten.

2. Da eine Neubautätigkeit allein auf privatwirtschaftlicher Grundlage wegen der Kaufkraftverwertung und der anderweitigen starken Inanspruchnahme des Kapitalmarktes während der Uebergangswirtschaft unmöglich erscheint, sind 500 Millionen Mark aus Reichsmitteln zwecks Gewährung von Bauzuschüssen und billigen Darlehen sowie zur Bildung eines Bürgerschaftsfonds bereitzustellen. Gleichzeitig ist zu erwirken, daß auch die Bundesstaaten und Gemeinden sich mindestens in gleichem Umfang mit dem Reich an der Ausführung von Mitteln für die Neubautätigkeit beteiligen. Die Versicherungsträger (Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berufsgenossenschaften) sowie die öffentlichen Sparkassen sollen ihre verfügbaren Bestände möglichst in Darlehen auf Kleinwohnungsbaueinrichtungen zu mäßigem Zinsfuß anlegen.

3. Bei dem Mangel an Baustoffen aller Art ist die baldige Wiederaufnahme der Baustoffindustrie durch rechtzeitige Entlastung von Arbeitskräften aus dem Heere und Bereitstellung ausreichender Kohlenmengen dringend erforderlich. Die bei der Heeresverwaltung freierwerdenden Baumaterialien sind zur Weitergabe an Gemeinden, in denen Wohnungsmangel herrscht, zu billigen Preisen abzugeben.

4. Da trotzdem die Menge der zu erstellenden Baustoffe in der ersten Zeit nach dem Kriege aller Voraussicht nach dem vorhandenen Bedürfnis nicht genügen wird, so ist dafür Sorge zu tragen, daß alle Bauten nur in der Reihenfolge ihrer Dringlichkeit zur Ausführung kommen. Insbesondere sind Luxusbauten bis auf weiteres ganz zurückzustellen.

5. Zur Unterbringung Wohnungslieferer sind zweckentsprechende Familienwohnstätten zu errichten und zu mäßigen Preisen zu vermieten. Das Baumaterial für sie ist möglichst noch während des Krieges bereitzustellen. Es empfiehlt sich, solche Barackenstellungen vorwiegend innerhalb der Bezirkebenen in der Nähe von Bahnhöfen, und zwar so anzulegen, daß zu jeder Wohnung ein Gemüsegarten und nach Bedarf auch Stellplätze für Kleinwägen gegeben wird.

6. Sofort nach Friedensschluß ist zugleich mit einer planmäßigen und umfassenden Erteilung ansehender, zweckmäßig eingerichteter Dauerkleinwohnungen möglichst im Flachbau zu beginnen. In Vorbereitung dieser Aufgabe sind unersetzlich:

a) Erhebungen über den Stand und voraussichtlichen Bedarf an Wohnungen zu veranstalten;

b) an allen Orten, wo der Eintritt eines Wohnungsmangels zu erwarten ist, die Beschaffung und Ausschließung geeigneter billigen Baugrunds zu veranlassen und diese insbesondere auch durch Ueberlassung fiskalischen Grund und Bodens zu erleichtern;

c) Baupläne bereitzustellen für alle wichtigeren Typen des Kleinwohnungsbaues (Wiet- und Eigenhäuser, Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser, Wohnungen für kinderreiche Familien, Einzelbauten, Reihbauten und Siedlungsbauten, Wohnungen mit Garten und Stallung) entsprechend den Wohnstätten in den einzelnen Bundesstaaten und Provinzen. Die Bauordnungen für den Klein- und Flachbau sollen, soweit das noch nicht geschehen ist, von allen unentgeltlich vorzulegenden Vorzeichen (Straßenbreite, Bauhöhe, Mauerstärke, Zimmerhöhe, Treppen, Feuerherde usw.) befreit werden;

d) in die Höhe der mit Kriegsende in erster Linie aus dem Heere zu entlassenden Mannschaften auch die zur Herstellung von Wohnungen nötigen Angestellten und Arbeiter aufzunehmen.

7. Ausführungs- und Vermittlungsorgane für die künftige Wohnungserstellung sind die Gemeinden bezw. Gemeindevor-

Handel und Wandel!

Von H. W. Hadländer.

57. Fortsetzung.

Sie hatte in frühester Jugend den ihr bestimmten Verlobten, ihren späteren Gemahl, herzlich und aufopfernd geliebt, sie hatte kein Unglück tief beklagt und ihn sorgsam gepflegt, wie es einer braven Gattin zukommt. Unter einer rauhen Hülle schlug bei ihr ein liebendes Herz; ihr Ehestand war aber nicht glücklich gewesen, sie hatte keine Kinder und hätte doch so gerne solche kleine, innig verwandte Wesen gepflegt und aufgezogen! Das alles küßte sie jetzt doppelt; ihr Herz war traurig und bewegt, und diesem traurigen und bewegten Herzen, das täglich und stündlich durch tausend Kleinigkeiten an den unglücklichen Geschehnissen ihres Lebens bitter und schmerzvoll erinnert wurde, riß man die letzte Stütze weg, das Bewußtsein, daß sie recht und brav gehandelt, und gab ihr nichts dafür, als süßliches, trübes Schlamwasser widerlicher Heuchelei und beschmückte damit die Erinnerung an ein vergangenes tadelloses Leben.

Was mich nun anbetraf, so mußte die Prinzipalrin vielfache Klagen darüber hören, daß ich nicht geneigt sei, den Weg des wahren Heils zu wandeln; aber obgleich der Buchhalter alles tat, mich in ihrer Gunst herabzudrücken, so gelang ihm dies doch nur halb. Wenn auch die gute Frau meinen inneren Menschen als verloren beklagte, so wollte sie doch dafür dem äußeren nichts abgehen lassen und hatte mich, noch ehe meine Lehrzeit vorüber war, in den Genuß eines Salärs gesetzt, wie es sonst nur ältere Kommiss zu haben pflegten.

Unterer Ladenjungfer dagegen war es schlimmer ergangen; nach jener Unterredung auf der Treppe, die sie mit dem Buchhalter hatte, flog sie, wie schon bemerkt, auffallend in der Gnade desselben, wandelte auch so fest und sicher den Weg des Heils, daß sie, wie ich aus guter Quelle erfuhr, begnadigt wurde, den Beirathungen beizuwohnen. Doch war diese Freude nicht von langer Dauer, bald kamen wieder neue Händel zwischen ihr und Herrn Specht vor, die oftmals des Abends so heftig wurden, daß ich in meinem Schlafzimmer das Weinen und Jammern der armen Person deutlich hörte; auch wurde sie tränklich, ihr uneheliches, aber blühendes Gesicht verbläute, und eines Morgens hatte sie das Haus verlassen, ohne von mir Abschied zu nehmen. Das tat mir eigentlich weh, denn ich hatte sie immer freundlich und aufmerksam behandelt; doch sah ich sie zufällig wenige Tage nachher, wo ich sie gar nicht erwartete: sie kam aus dem Hause des Doktors, als ich hineinging und hatte, trübe, verweinte Augen. „Loben Sie mich“, sagte sie schluchzend zu mir, „und denken Sie zuweilen an mich, der Doktor oben weiß um alles.“ Damit reichte sie mir die Hand und ich habe sie nicht mehr gesehen. Als ich darauf in das Erd- und Erdparassimmer meines Freundes kam, liegende

er gerade ein Papier in eine Kuvett und warf es in eine Schublade; auf meine Frage nach der Ladenjungfer sagte er mir: „Ich kann Ihnen, verehrtester Herr, weiter nichts sagen, als daß das Mädchen das Stetigste Haus verlassen mußte; wird offenbar, nicht wenn die Later aufsteht, aber wenn einmal das Gericht, das auf keinen Fall ausbleibt, seinen Anfang nimmt.“

36.

Emma.

So war nun eines Morgens der Verkaufstermin für das Haus meines Vaters, des verstorbenen Professors, angelegt, und ich tat mir abtätlich die Qual an, für einen Augenblick hinzugehen. Hohes Volk füllten den Garten, die Gänge, Treppen und Zimmer, und die kostbarsten und schönsten Gerätschaften der verarmten Familie wurden schmerzlos umhergerissen und von dem Haupte unter schledigen Witz und gemeinen Bemerkungen tagiert und um sie wahlloser zu erhalten, in den Augen aller herumgetragen. Es half dem armen Jolo nichts, daß er unzählige Male: „Jolo“ rief oder „Mort de ma vie“, er wurde als ein Individuum, welches der Masse durch tägliches Pflegen Kosten verursacht, zuerst verstoßen. Es war eine Geschichte, wie sie jeder schon erlebt oder mit angesehen hat: die Gegenstände wurden ausgeboten, es hieß, „zum ersten“, zum zweiten und zum drittenmal, dann Klappe der Hammer, der Eigentümer wurde aufgeschrieben und etwas Neues vorgenommen.

Die gute Emma mußte natürlich nicht, was in diesen Tagen vor sich ging, man verheimlichte es ihr, um ihrem Schmerz nicht neue Nahrung zu geben. Im übrigen lebte sie bei dem Doktor aufs allerangenehmste, doch hielt sie mit demselben häufiger Konferenzen und hat ihn dringend, eingebedt des Wortes ihrer Mutter, für sie bemüht zu sein und eine Stelle aufzufinden, die ihr erlaube, für sich selbst sorgen zu können. Der Doktor schob diese Entwürfe auf die lange Bank, wie er zu sagen pflegte, und wollte nichts davon wissen, daß das liebe Mädchen sein Haus verlasse. „Weiben Sie bei meiner Frau“, pflegte er zu sagen; „Sie sind hier gut aufgehoben, wir wollen Sie beide nicht verlassen, wozu auch? Ja, wenn sich einmal etwas außerordentlich Unrechenbares findet, so sprich man weiter davon; aber vorherhand bitte ich Euch, hochedles Burgfräulein, diesen Beinamen hat er ihr gegeben, nicht weiter daran zu denken.“

Aber Emma dachte wohl daran. Obgleich sie die Frau des Doktors innig liebte, obgleich sie unter anderen Verhältnissen vielleicht jahrelang am Besuche geblieben wäre, so schien ihr doch jetzt der Tag, an dem sie verarmte, sich nach einer dauernden, einträglichen Beschäftigung umzusehen, ein Wunsch, das sie nicht nur an sich, sondern auch an ihrer Mutter begehre, welcher eine jorgenreife Erziehung für das Alter zu verschaffen ihr glücklicher und süßester Wunsch war

Eines Tages nahm mich Emma beiseite, sprach mir von ihrem Willen und der Notwendigkeit, denselben bald ins Werk zu setzen und forderte mich auf, ihr Beistand zu leisten. Doch hatte mich der Doktor für diesen Fall schon keine Hilfe gegeben, weshalb ich die Sache juckte und veräußerte, es sei gewiß äußerst schwierig, ihr eine Stelle zu verschaffen, sie möge sich beruhigen, es habe gar keine Stelle, und was dergleichen Redensarten mehr waren. „Warum willst du nicht“, sagte ich, „bei der Doktorin bleiben? Sie hat dich so gerne.“

„Warum?“ entgegnete das Mädchen, „warum? Weil ich nicht von der Gnade anderer Leute leben will, selbst wenn diese Leute meine besten Freunde sind; warum bist du nicht auf der Waise geblieben?“ fragte sie mich ernst, „gewiß hätte man dich auch dort gerne ein paar Jahre behalten.“

Tagegen war nun freilich nichts einzuwenden, und doch konnte ich nicht in ihre Vorstellungen willigen; ebenso hatte es mit der Doktorin freng verborben, und zwischen war ich Egoist genug, für diesen Fall keine Schritte zu tun, denn ich fürchtete, meine innig geliebte Märc, meine gute Emma, aus der Stadt zu verlieren, wenigstens aus dem Hause des Doktors.

Einige Zeit nach diesem Vorfall — Emma schien mir nachgegeben zu haben und sprach keine Silbe mehr von ihrem Projekte — wurde der Doktor nach langer Pause wieder, und zwar durch ein Handschreiben des Herrn Specht, in unser Haus berufen. Diese Einladung war ihm um so überraschender, als in meinem Hause einer seiner Kollegen, ein Mann, mit dem er in keinem guten Einverständnis lebte, der aber dafür vollkommen tadellos und wohlgefällig vor den Augen des Herrn Sproßer und des Herrn Buchhalter Specht wandelte, seit längerer Zeit als Hausarzt praktizierte.

Die Prinzipalrin befand sich auf ihrem Zimmer, als der Doktor eintrat, sie sah an ihrem Schreibtisch, eine Brille auf der Nase, und war beschäftigt, verschiedene Briefe durchzulesen. Sie reichte dem Arzte die Hand, der sich einen Stuhl nahm, und auf die unbekannte Art von der Welt und als sei er erst gestern dagewesen, ein Gespräch einleitete. Wie Surbus mir später berichtete, fand er die Frau sehr gealtert, und wenig mehr von der Energie und dem so angenehmen, kräftigen Wesen an ihr, das sie früher auszeichnete. Sie nahm die Brille ab, lehnte sich in ihren Stuhl zurück und schien nicht ungern den gesunden und süßigen Einflüssen des Arztes zuzuhören. Zuweilen fuhr ein Lächeln über ihre ersten Züge, und sie nahm es gar nicht übel, als ihr der Doktor ziemlich ironisch zu verstehen gab, daß er die gegründete Hoffnung habe, bald wieder ihr Hausarzt zu werden, indem er sich die außerordentlichste Mühe gebe, sein verjüngtes Leben vergeßen zu machen und in irgendeinem Bettel als verlorengegangenes, aber reuiges Lamm aufgenommen zu werden.

Fortsetzung folgt.

Sie vernennen die von Reich und Einzelstaaten hergegebene Kapitalien zum Eigenan oder begeben sie unter Führung an gemeinnützige Bauvereinigungen, nötigenfalls auch an private Bauunternehmer. Dabei ist die gemeinnützige Verwendung durch Ortsstatut oder genehmigte Eintragung zu sichern. Die Rückzahlung der Darlehen ist durch eine sachgemäß ausgestattete Tilgungshypothek (siehe Beschl. des Reichstags vom 21. Mai 1916) anzufordern. In größeren Gemeinden bezw. Gemeindeverbänden sind Wohnungsämter zu errichten.

Eine Unterredung mit dem Abgeordneten der russischen Republik.

Mittwoch abend ist als Abgeordneter des russischen Rates der Volkskommission Petrow in Berlin eingetroffen, um den ratifizierten Friedensvertrag der Reichsregierung zu überbringen. Der Abgeordnete des revolutionären Russlands ist eine bekannte Persönlichkeit. Er wurde 1905 von der zaristischen Regierung ins Gefängnis geworfen und ging dann später landflüchtig und verbannt über Osterreich-Ungarn nach der Schweiz, Frankreich und England, wo er während des Krieges mit Tschitcherin und seiner Frau, im übrigen einer Deutschen, verhaftet wurde. Petrow kehrt erst im Januar dieses Jahres nach Petersburg zurück, um sich hier der bolschewistischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Ein Mitarbeiter des „Vorwärts“ wurde von ihm zu einer längeren Unterredung empfangen. Er befragte Petrow über die Organisation der russischen Regierung. „Die Regierung“ — jing Petrow an zu erzählen, — wird von den Sowjets angeleitet. Danach wird der Sowjetkongress von den einzelnen Sowjets von Fall zu Fall gewählt, und zwar in der Weise, daß auf je 25 000 Sowjetwähler ein Kongressmitglied entfällt. Der Moskauer Sowjetkongress, der den Frieden ratifizierte, war der vierte seiner Art. Jeder neu zusammengetretene Sowjetkongress wählt auch das aus 200 Mitgliedern bestehende Zentralerekutivkomitee neu. Die alte Gerichtsbarkeit besteht nicht mehr, das bürgerliche Gericht ist außer Kraft getreten, gemächliche Revolutionsträner sprechen Recht auf Grund erlassener Dekrete. Die Fabriken werden von den Arbeitern selbst verwaltet. Der Verkehr zwischen Industrie und Agrarproduktion erfolgt vielfach, so im Ural, auf dem Wege des direkten Austausches. Kräfte zur technischen Leitung der Industrie stehen in genügendem Maße zur Verfügung. „So hat also das Bürgertum und das Kapital gar keine Rechte in Rußland?“ fragte der Mitarbeiter. „Jeder Mensch in Rußland hat die gleichen Rechte,“ erwiderte Genosse Petrow. „Ist es wahr, daß das Kapital beschlagnahmt worden ist?“

„Das Kapital ist in Rußland nicht beschlagnahmt worden,“ erwiderte Genosse Petrow. „Aber um zu verhindern, daß die Reichen ihre Kapitalien aus den Banken ziehen, hat die Regierung bestimmt, daß derjenige, der Kapital auf der Bank hat, wogegen nicht mehr als 250 Rubel abheben darf. Außerdem ist es verboten, mehr als 500 Rubel ins Ausland mitzunehmen.“ „Und die Schulden, die die zaristische Regierung bei Frankreich und England gehabt hat?“ — „Diese Staatsschulden sind von der bolschewistischen Regierung annulliert worden, und das mit gutem Recht; denn schon im Jahre 1905 haben die bauerlichen und sozialistischen Parteien Rußlands, nebeneinander bemerkt auch die Arbeiter, erklärt, daß das Land für die Schulden der zaristischen Regierung nicht aufkomme. Damals hat man vielleicht über die Entlastung gelaßt. Heute ist sie zur Rettung Rußlands geworden.“

„Wie stellt sich denn nun das Kapital zur bolschewistischen Regierung?“ „Das Kapital hat versucht, zu streiken. Die Fabrikherren entließen ihre Arbeiter und die Banken wollten schließen. Da hat denn die Regierung zum Schutze der Arbeiter eine Kontrolle über die Fabriken und Banken gestellt. Sie mußten unter dieser Kontrolle im Interesse der Arbeiter und des Landes arbeiten. Und so ist es noch heute. Heute arbeiten die Fabriken und schiffen Friedenswerte. Es verkehren Eisenbahnzüge und die bringen die Maschinen und das Material, das zur Aderbestellung und notwendig ist, an Ort und Stelle, um Getreide wiederum dafür in die Städte zu führen. Die Verbindung zwischen Agrarwirtschaft und Industrie, die das Nötigste für ein jedes Land ist, ist wieder hergestellt.“

„Wie stellt sich nun die russische Regierung zu der Abtrennung der Randvölker, Finnland, Ukraine, Litauen, Lettland usw.“

„Wir haben den Grundatz, daß jedes Volk tun kann, was es will. Was aber die Ukraine anbetrifft, so haben die ukrainischen Abgeordneten, die jetzt auf der Friedenskonferenz waren, ohne die Ermächtigung ihres Volkes gehandelt. Sie haben, als die Zentralrada aufgelöst war, die Bevölkerung Sowjets gebildet, die sich mit dem allrussischen Zentralerekutivkomitee in Verbindung gesetzt hatten, allein einen Frieden mit den Zentralmächten geschlossen und dann, ohne eine Volksverammlung hinter sich zu haben, die sie befragen konnten, die Hilfe der Deutschen und Österreichern gegen die bolschewistischen Truppen angefordert. Das Land wurde von den Truppen der Zentralmächte besetzt, obgleich es sich Groß-Rußland angeschlossen wollte, und es wurde eine ukrainische Republik eingeleitet, obgleich die ukrainische Bevölkerung die Regierung in Petersburg anerkennen wollte. Wir werden jetzt nichts gegen derartige Schritte tun können. Wir wollen den Frieden mit allen Nachbarn, auch der Frieden mit Deutschland und Österreich.“

„Dort ist fragen, wie die Kriegsgefangenen der Zentralmächte in Rußland leben?“

„Die Kriegsgefangenen Deutschlands und Österreichs sind frei. Sie sind aus Sibirien zum größten Teile nach dem europäischen Rußland gestromt. Sie leben in den Städten, arbeiten in den Fabriken und werden ebenso bezahlt, wie die russischen Arbeiter. Sie besitzen ebenso wie die russischen Arbeiter die politischen Versammlungsmittel. Als ich neulich in Kasan den Kreml besuchte, traf ich eine Reihe junger Leute. Ich dachte zuerst, es seien Russen. Ich sprach sie an. Es waren Deutsche und Österreicher, die in der Stadt lebten und dort arbeiteten. Wir hoffen, daß der Zustand der Kriegsgefangenen bald vor sich gehen wird. Unsere Regierung hat alles vorbereitet. Wir könnten heute mit dem Austausch beginnen.“

„Und die Sorge für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen und für die Kriegswaisen?“

„Wir haben bei uns ein eigenes Regierungsministerium eingerichtet, das Frau Alexandra Kolontaj verwaltet. Die Sorge für diese Verwalter ist sehr gut organisiert.“

„In den deutschen Zeitungen liest man viel von ungeheuren Lebensmittelpreisen in Rußland.“

„Die Lebensmittelfrage hat sich sehr gebessert. Auch hier hat die Regierung eine Kommission gegen den Schleichhandel eingesetzt. Die Regierung hat Höchstpreise eingeführt. Ein Kartellsystem existiert bei uns nicht. Damit haben wir ein System von Konsumgenossenschaften, das sich sehr gut bewährt. Schleichhandel wird nicht, hohen Steuern belegt.“

Der Mitarbeiter fragte dann noch nach der Lage in Sibirien. Genosse Petrow sagte: „Wir glauben die Lage in Sibirien einigermaßen optimistisch. Wir glauben nicht, daß die Intervention der Alliierten schandlich sein wird, da die Interventionen Amerikas und die Japans in Sibirien zu werden schon fast überlebt haben. Amerika hat, wie ich kurz vor meiner Abreise sagte, die russische Regierung anerkannt und das dürfte einen bestimmten Einfluß auf die beschlossene Intervention ausüben.“

Nachgerade hat die öffentliche Unsicherheit einen Umfang angenommen, der zu den größten Bedenken Anlaß gibt. Nicht wenig mag dazu die allgemeine Not beitragen. Alle Gebrauchsgegenstände sind so selten und kostbar, alle Lebensmittel so begehrt und wertvoll geworden, daß auch im Grunde ehrliche Seelen der Verlegenheit und dem Zwange der Lage nicht widerstehen können. Dazu kommt, daß der Krieg fast ausschließlich die Moralbegriffe bedenklich verschoben hat. Töglisch sieht man, wie die großen „Kriegsgewinner“ herrlich und in Freuden leben, während es bei der Ehrlichkeit am längsten währt, ehe sie ein Stück Brot erwirkt. Böse Beispiele aber verderben gute Sitten. „Nicht ganz unrecht hat auch die „Köln. Ztg.“, die zu der ständig zunehmenden öffentlichen Unsicherheit folgendes schreibt:

„Wie die Diebe und Einbrecher in der letzten Zeit zu Werke gehen, mit der größten Kaltblütigkeit, ja mit der Waffe in der Hand, um jeden, der ihnen entgegentritt, niederzuschlagen, das läßt nicht darauf schließen, daß es sich um sogenanntes stilles Geheiß und einfache Diebe handelt. Es sind die schweren Jungen, die das Zuchthaus hinter sich haben, und die jetzt im Kriege nützlicher herumläufen, da sie infolge ihrer Zuchthausstrafe dem Heeresdienst entzogen sind. Sie sind durch ihre Zuchthausstrafe, wie es im Geheiß heißt, heeresunfähig geworden. Man schätzt die Zahl der Zuchthäuser zwischen 20 und 30 Jahren in Deutschland auf etwa 30 000. Diese Säbenerbrecher nutzen jetzt den Krieg unbehindert und unbehindert aus. An der Front hat es schon manche Mißstimmung erregt, daß die Tausende von Zuchthäusern in der Heimat ihr Geld verdienen können, ohne besorgt sein zu müssen, aus ihrem Berufe herausgegriffen zu werden, wie der anständige Bürger. Wie in gewissen Kreisen heute Geld „verdient“ wird, und wie das Geld auf sie wirkt, ist bekannt. Der größte Teil der Verbrecher ist, nach den Erfahrungen, rückfällig und stützt sich nun mit um so größerer Sicherheit auf die vom Schutze entblöhte Heiligkeit. Bei der letzten öffentlichen Unsicherheit spielen die gewohnheitsmäßigen Verbrecher fraglos eine große Rolle. Es gibt nur ein Mittel, sie unschädlich zu machen. Man sollte sie fassen, zwar nicht ins Heer stecken, — denn diese Gesellschaft können wir unseren Soldaten draußen nicht zumuten; auch liegt ein bezahlter Heereskörper kaum im Interesse der Landesverteidigung — vielmehr zu besonderen Bataillonen zusammenstellen, die hinter der Front entsprechende Arbeit zu leisten haben. Man stellt nicht ein, weshalb bei der schweren Armierungsarbeit unsere Fronttruppen nicht entlastet werden sollen. Von den 300 000 Zuchthäusern werden sich bequem 100 000 ausnutzen und zu Arbeitsschabattailonen formieren lassen. Arbeit wird es schon geben.“

Man kann damit einverstanden sein. Nur könnte man den Vorschlag noch dahin erweitern, daß auch die angenehmen Mitglieder, die sich auf Kosten ihrer Volksgenossen während der Kriegszeit ein Vermögen zusammengehäuft und dadurch verblüffend wirken, ebenfalls unschädlich an die Front gesteckt werden. Diese Braven sind durchweg gar ehrbare Herren. So mager aber ihnen trägt allerlei Oden auf der von Patriotismus und gutem Eifer geschwellten Brust. Sittliche Bedenken bestehen nicht. Also stecke man die getroffen in den ersten Graben. Daß jeder einzelne von ihnen ein Held sein wird, ist sicher, denn sie haben etwas zu verteidigen.

Ein Aufruf der sozialistischen Regierung Finnlands.

Die sozialistische Regierung Finnlands hat unter dem 11. März einen von Manne, Lakei und Sirola unterzeichneten Aufruf erlassen, der gegen die deutsche Intervention protestiert und den Mitgliedern der gefürchteten bürgerlichen Semas jedes Recht abspricht, mit Deutschland Vereinbarungen zu treffen, schon weil dazu mindestens die Genehmigung des Landtages notwendig wäre. Die Volkskommissionäre hatten beschlossen, sofort nach Beendigung des Bürgerkrieges eine allgemeine Volksabstimmung vorzunehmen zu lassen, in der das Volk endgültig über die Regelung der Verfassungsfragen entscheiden könnte. Die finnische Sozialdemokratie vertritt in Wahrheit die Mehrheit des Landes. Die revolutionäre Regierung sei nicht eine Kauterbande, sondern die Vertretung des wirklichen Volkswillens. Alle Mitglieder der Volkskommissionäre seien Vertreter und Vertrauensmänner der politischen und gemeinschaftlichen Arbeiterbewegung Finnlands und wiederholt Präsidenten oder Vizepräsidenten des Landtages gewesen. Ihr Ziel sei, daß Finnland eine demokratische Republik werde, die in Ruhe, Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern ihre Kultur nach dem freien Willen des Volkes und dem Beschluß der wirklichen Volksvertretung entfalten könne. Aber Finnland müsse politisch und wirtschaftlich frei sein und dürfe keiner Art von Vormundschaft unterworfen werden.

Dieser Aufruf macht einen sehr günstigen Eindruck, und Deutschland sollte bei seinem Eingreifen in Finnland jede einseitige Stellungnahme gegen die sozialistische Regierung vermeiden. Auf der anderen Seite ist die Erbitterung zwischen Weissen und Roten in Finnland auf einen solchen Grad gestiegen, daß ein langandauerndes gegenseitiges Abhelfen unmöglich wäre, wenn nicht Deutschland ihm vordeutet. Alle schwedischen Vermittlungsversuche sind bekanntlich gescheitert, nur Deutschland hätte die Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß beide Parteien die Waffen niederlegen und eine sofortige Wahl des Landtages ermöglichte Klarheit darüber schafft, welche Regierung den wirklichen Volkswillen Finnlands darstellt. Daß dieser Volksabstimmung sich beide Parteien unterwerfen und niemand durch Gewalt sie umzuwerfen sucht, damit Worte ebenfalls wieder nur Deutschland die Garantie übernehmen. Nur wenn die deutsche Regierung, zu der die Weissen das größte Vertrauen setzen, mit der aber auch die Roten zu verhandeln bereit sind, ihre Aufgabe in Finnland in dieser Weise auftrifft, kann die deutsche Intervention dauernden Nutzen für Finnland und für uns selber stiften.

Aus der Partei.

Letztliche der Partei. Die Arbeiterbewegung hat auch mit dem Tod vieler ihrer Angehörten durch den Krieg schwere Verluste erlitten. Wie aus dem Jahresberichte der Mittelkommission des Betriebs der Arbeiterbewegung hervorgeht, sind im letzten Jahre gefallen: 17 Gewerkschaftsbeamte, 2 Betriebsräte, 1 Parteiführer, 2 Gewerkschaftsführer, 1 Arbeitersekretär und 1 Anzeigebestellter des Turnvereins. Der Gesamtverlust, den die Arbeiterbewegung während des Krieges zu beklagen hat, beläuft sich auf 75 Mitglieder. Gegenwärtig sind 1361 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen.

Parteiwoche und Offizier. Karl Kampffmeyer polemisiert in der „Kommunistischen Tagespost“ gegen einen Artikel Stamlers. Die Redaktion der „Kommunistischen Tagespost“ gibt einleitend folgende Erklärung dazu, daß Karl Kampffmeyer nicht in der „Kommunistischen Post“, sondern in der „Kommunistischen Tagespost“ polemisiert. Die Stellung, welche der Reichstagsaktion zum russischen Friedensvertrag befaßt, die ganze Partei. Zwei Genossen, die bisher die Politik der Mehrheit in jeder Hinsicht vertreten haben, wie der Reichstagsabgeordnete Rindl und die Genosse Paul Kampffmeyer, der in Abwesenheit des Genossen Adolf Müller letzter Redaktor der „Kommunistischen Post“ ist, fordern von der Reichstagsaktion die unbedingte Ablehnung des Friedensvertrages mit Rußland. Kampffmeyer hatte für seinen Standpunkt nicht die Zustimmung seiner Kollegen in der Redaktion erhalten. Er hat deshalb nach aller journalistischer Gewissenhaftigkeit den Artikel in dem er seine Meinung in polemischer Ausprägung gegen den Reichstagsabgeordneten Rindl, Genossen Stamler, zum Ausdruck brachte, mit keinem Namen bezeichnet. Die Äußerungen in Rußland anzulebenden Redakteure des dortigen Parteiblattes haben sich gegen Kampffmeyers Ausführungen erklärt. Bis diese

Differenzen in der Redaktion entschieden sind, ist Kampffmeyer auf Urlaub gegangen. Er wünscht nicht, bis ein Ausgleich in der Redaktion gefunden ist, in dem Blatte seine Meinung als Redakteur zum Ausdruck zu bringen.“

Homo-Grumbach flagt wieder einmal die deutsche Sozialdemokratie an. Der Parteivorstand schreibt uns:

Homo-Grumbach, der während des Krieges schon so oft die französischen Sozialisten gegen die deutschen Sozialisten aufzuheben versucht hat, tritt wieder einmal in der Pole des „Kommunisten“ gegen die deutsche Sozialdemokratie auf. In der Nummer der „Humanität“ vom 12. März ds. Js. schreibt er u. a.: „Ich flage die Führer der alten sozialdemokratischen Partei in Deutschland an, daß sie seit Monaten Dokumente von der höchsten Wichtigkeit in Händen haben, die in noch entscheidender Weise als die Enthüllung Wikmans die Schuld Deutschlands an diesem Kriege absolut beweisen. Ich flage sie an, daß sie sie behalten, ohne sie zu verwenden und ohne den Versuch zu machen, sie zur Kenntnis des deutschen Volkes zu bringen oder auf der Tribüne des Reichstages vorzulesen.“

Diese Sensationsnachricht Homos wird von der gesamten Bourgeoispressen Frankreichs, mit dem „Temps“ an der Spitze, lebhaft kommentiert.

In den Behauptungen Homos ist kein wahres Wort! Die Dokumente sind lediglich Produkte der läppischen Phantasie Grumbachs, der leider in Frankreich noch immer erster genommen wird, als er es verdient.

Aus Nah und Fern.

Wie man in Berliner Weinrestaurants „durchhält“. In einem Berliner Gewerbegerichts-Prozess, den ein entlassener Oberkellner gegen den Inhaber des Wein-Restaurants Paulig, Bellevuestraße, führt, wurde eine Beweisaufnahme darüber veranlaßt, ob der Kläger — wie der Beklagte als Entlassungsgrund angab — Götte „genept“ habe. Unter anderem wurde ein Zeuge Damsch vernommen. Er trug Marine-Uniform mit Unteroffiziers-Abzeichen, muß aber in seinem Zivilberuf auf leichte Weise sehr viel Geld verdienen, denn er hat seiner Angabe nach in dem genannten Weinrestaurant an einem Abend eine Zecher in Höhe von 358 Mk. gemacht. Zwar hatte ihm — so sagte der Zeuge — der Oberkellner drei Klassen Sekt mehr in Rechnung gestellt, als serviert waren. Aber, weil sich in der Gesellschaft des Zeugen ein Hauptmann und eine vornehme Dame befand, so habe er kein weiteres Aufsehen erregen wollen und die falsche Rechnung nicht beanstandet. Er habe 400 Mk. auf den Tisch gelegt, und weil der Kellner nicht Miene machte, etwas herauszugeben, so habe er ihm die 42 Mk. als Trinkgeld überlassen. In einem anderen Falle forderte der Kellner von dem Zeugen 75 Mk. für ein „Entree“. Das ist eine demotischen Mindeste mit Gemüße. Da dies Gericht nicht auf der Spekulation stand, glaubte der Zeuge, der Kellner fordere in betrüblicher Absicht diesen hohen Preis. Er ließ den Geschäftsführer zuseh. Dieser bestätigte aber, daß der Kellner den richtigen Preis gefordert habe. Das Reich könne ja nur mit großen Schwierigkeiten und hohen Selbstkosten beschafft werden. Deshalb lasse sich das Entree nicht billiger als mit 75 Mk. abgeben. Der Zeuge zahlte hiernach anstandslos den geforderten Preis. Fleischmarken brauchte er natürlich nicht abzugeben. Und dabei gibt es ein Kriegsministerium in Berlin!

Die Diebstähle bei der Post. Amtlich wird mitgeteilt: Um die Post- und Abkühlung der Heeres, sowie die Privatindividen an die Front und von der Front gegen Verabnahme, Diebstahl und Unterschlagung zu schützen, sind besondere militärische Maßnahmen und Absichtsüberwachungsstellen in folgenden Städten eingerichtet worden: Altona, Berlin, Bonn, Breslau, Bromberg, Cassel, Coblenz, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Frankfurt a. M., Gießen, Hannover, Karlsruhe, Königsberg, Leipzig, Ludwigshafen, Magdeburg, Mannheim, München, Osnabrück, Posen, Rastatt, St. Starobard, Sigmaringen, Stuttgart, Würzburg. Durch diese Kommandos sind in der letzten Zeit von 1. August 1917 bis zum 23. Februar 1918 über 1000 Kratbare Fälle aufgeklärt, 2941 Täter ermittelt und gestohlene bzw. unterschlagene Gegenstände im Werte von über 765 000 Mark der Decretverwaltung wieder zugeführt worden.

Kriegerische Pastoren. Ein Aufruf der Vaterlandspartei für das Kurortquartier Kassel (wir glauben, das existierte seit 1868 nicht mehr) trägt unter einigen hundert Unterschriften auch die von nicht weniger als 44 heilischen Pfarrern. Bescheidenerweise sind es sämtlich evangelische Geistliche, während die katholischen Pfarrer sich ferngehalten haben.

Die Schnapspeit in Frankreich. Bei Verhandlung des Gesetzes über Einführung des Alkoholmonopols in Frankreich führte in der Kammer die Sitzung vom 6. 8. (nach „Journal officiel“ vom 7. 8.) der Abg. Journan als Berichterstatter folgendes aus: „Die Statistik weist ein helles Licht auf die Verheerungen, die der Schnaps in Frankreich angerichtet hat. Unter allen Nationen der Welt steht, nach einer schwedischen Berechnung, Frankreich mit einem Jahresverbrauch mit 23 Liter alkoholischer Getränke auf den Kopf an erster Stelle, im Verbrauch von eigenem Schnaps an zweiter hinter Dänemark. Nach der Berechnung unseres Finanzministers entfallen auf den Kopf jährlich 4 Liter reinen Alkohols. Dabei ist aber der Verbrauch an selbstgebranntem Schnaps nicht mitgerechnet, es dürften daher 4 1/2 Liter sein. Im Bezirke von Cherbourg steigt er auf 20 Liter, in der Normandie stellenweise noch höher. Da die Frauen und Kinder mitgerechnet sind, ist der Verbrauch der Männer noch weitaus größer und steigt bis auf 1/2 Liter täglich. (Zwischenruf: In der Normandie 1 Liter!) Dort wird während des ganzen Tages getrunken; man trinkt den Schnaps als unverbägliches Stärkungsmittel. Tatsächlich macht er die Leute früh alt und vergiftet Körper und Moral. Es ist erwiesen, daß die Zahl der Verbrechen und der Trunksüchtigen bei seiner Verbreitung gleich Schritt hält. Die Staatsanwaltschaft in Amiens berichtet, daß 75 v. H. aller Verbrecher Schnapsrinker sind. Zwei Fünftel der Striktionen der Geisteskranken in den letzten 20 Jahren kommt auf Rechnung des Schnapses. 40 v. H. aller Schwindsuchtställe, nach anderen 80 v. H., sind auf Schnapsen zurückzuführen. Und Frankreich hat jährlich 80 000 Todesfälle an dieser Krankheit. Auch für die aus der mangelnden Sorgfalt der Eltern sich ergebende Kindersterblichkeit ist der Schnaps verantwortlich: im Bezirke Pontorion (Normandie) starben 1908—1911, einschließlich der Totgeburt, 32 1/2 v. H. der Kinder unter 10 Jahren. Im Kriege zeigte sich bei den Schnapsrinkern die mancherhafte Überlebensfähigkeit des Körpers bei der Wunderbarkeit. Ferner sind die auf Trunksüchtigen zurückzuführenden Unfallsfälle zu erwähnen. Am schmerzhaftesten ist aber seine demerzierende Wirkung. Sie ist während des Krieges besonders bei den Aushebungen im Nordwesten festgestellt. Im Bezirke Morlain waren 40—50 v. H. untauglich, und der untaugliche Art steht voraus, daß in wenig Jahren überhaupt niemand mehr tauglich sein wird. In der dortigen Gegend sind die Hälfte der Schulkinder demerziert oder ehelos verstorben. Man sagt, daß die Einwohner der Normandie in die Armeesfront gegen den Schnaps vorgemarscht, aber er müde in den Kriegsdiensten und in den Häfen, wo ihm die von ihren Familien getrunken Arbeiter bei ihrer Anwesenheit unterliegen. Daneben steigt aber auch der Schnapsgehalt bei den Frauen, die damit ihre Sorgen betöhlen wollen. Sie vernachlässigen ihre Familie und gehen selbst zu Grunde. Diese unsere Gefahr ist vielleicht größer als die des Krieges; darum müssen wir diese Pest mit allen Mitteln bekämpfen. Zur Milderung der Gewohnheit und der Verwöhnung selbst sich, um ihre Ausbreitung zu fördern, der heftigste Widerstand in den Kreisen, die den Arbeiter aus seiner elenden Wohnstätte fortlocken. Der Staat aber ist der niedrige Preis des Schnapses.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling
Verleger: F. H. Schwach. Trud. Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.